

Bismarcks Briefe

an

General Leopold v. Gerlach.



Bismarcks Briefe

an den

General Leopold v. Gerlach.

Mit Genehmigung

Er. Durchlaucht des Fürsten v. Bismarck

neu herausgegeben

von

Horst Kohl.

Berlin.

Verlag von D. Häring.

1896.

Vorwort.

Im Jahre 1893 erschien im Verlage von Wilhelm Herz (Bessersche Buchhandlung) in Berlin der Briefwechsel des Generals Leopold v. Gerlach mit dem Bundestagsgesandten Otto v. Bismarck.

Von allen Freunden deutscher Geschichtsforschung wurde diese Publication mit Freuden begrüßt; eine zweite Auflage folgte schnell der ersten Ausgabe. Man erwartete in diesen privaten, für die Oeffentlichkeit nicht bestimmten Aeußerungen zweier so hervorragender Männer mancherlei interessante Enthüllungen, manchen lehrreichen Blick hinter die Coulissen des politischen Theaters, scharf zugespitzte Urtheile über Personen und Dinge, und fühlte sich auch nicht gerade enttäuscht. Das Buch wurde als eine werthvolle Ergänzung des Poschingerschen Werkes (Preußen im Bundestage) betrachtet, und man begann alsbald, die Briefe auch für die wissenschaftliche Forschung nutzbar zu machen. Niemand konnte vermuthen, daß hier ein Werk geboten wurde, das allen Anforderungen, die an eine Publication dieser Art gestellt werden müssen, geradezu Hohn sprach.

Die eingehende Beschäftigung mit den Briefen brachte mich auf den Gedanken, daß die Publication fehlerhaft sein müsse: ich fand grelle Widersprüche zwischen den amtlichen und diesen privaten Aeußerungen Bismarcks, die sich nicht erklären ließen, und nicht bloß in Fragen von untergeordneter Bedeutung, sondern selbst in den großen Fragen der Politik und des Staatslebens; ich fand Ausdrücke und Wendungen,

die nach meinem durch Jahre langes Studium der Bismarck'schen Redeweise geschärften Gefühl so nicht aus Bismarck's Feder geflossen sein konnten, wie sie dem Leser hier entgegentraten; ich fand in manchem Briefe Erörterungen über Fragen der innern und äußern Politik Preußens, die sich mit dem Datum des Briefes nicht in Einklang bringen ließen.

Nachdem der Zweifel einmal rege geworden war, beschloß ich, mir Klarheit zu verschaffen. Fräulein Agnes v. Gerlach, die Tochter des Generals, in deren Besitz die Originale sich befinden, war so gütig, mir die Briefe auf einige Wochen zu eingehender Vergleichung zu überlassen. Und siehe da, mein Verdacht bestätigte sich in einer Weise, wie ich es bei allem Mißtrauen nicht befürchtet hatte. Die größten Lesefehler auf jeder Seite, Auslassungen in Hülle und Fülle, die durch keinerlei persönliche Rücksicht geboten waren, falsche Datirungen, Verschmelzung von Briefen verschiedener Tage, ja selbst Jahre zu einem Briefe unter beliebig gewähltem Datum, Aufnahme fremder Bestandtheile in Briefe Bismarck's — das alles enthüllte diese Untersuchung. Der ungenannte Herausgeber hat nicht das Gefühl der Verantwortlichkeit gehabt, das den wissenschaftlichen Arbeiter beseelt; er hat mit dem kostbaren Gute, das ihm anvertraut war, geschaltet wie ein ungerechter Haushalter und dem Fürsten Bismarck, dessen geistiges Eigenthum er verwaltete, schweres Unrecht zugefügt.

Dieses Unrecht zu sühnen, that ich sofort die geeigneten Schritte. Indem ich dem Verleger des Briefwechsels die Thatfachen mittheilte, stellte ich ihm für eine sofortige Neuauflage meine Arbeitskraft und mein Material ohne jede Gegenleistung zur Verfügung. Seine Antwort lautete — ablehnend für die Gegenwart, kühl vertröstend auf die Möglichkeit einer neuen Ausgabe in einer fernen Zukunft. Ich begnügte mich also zunächst damit, im zweiten Bande des Bismarck-Jahrbuchs einige der schwersten Fehler durch Neuauflage der Briefe zu verbessern. Durch diese Veröffentlichung aber kam die Sache ins rechte Geleise. Sie erregte das Interesse des Fürsten Bismarck, und bei einem

Besuche in Friedrichsruh durfte ich Sr. Durchlaucht die Beweise für die Untauglichkeit jener ersten Publication vorlegen. Se. Durchlaucht beauftragte mich alsbald mündlich mit einer Neuausgabe der Briefe und wiederholte diesen Auftrag wenige Tage später in folgendem Schreiben:

Friedrichsruh, 10. Dezember 1895.

Geehrter Herr Doctor,

ich bin damit einverstanden, daß Sie meine Ihnen zugänglichen Briefe an den General v. Gerlach nach dem Text der Originale omissis omittendis nach Ihrem Ermessen herausgeben. Stellen, die noch lebende Leute oder deren Familien mit Recht verlesen könnten, müssen natürlich zurückgehalten werden.

v. Bismarck.

Dies der äußere Rechtstitel der neuen Ausgabe; die innere Berechtigung wird jeder, der sie bezweifeln sollte, aus einem Vergleiche der beiden Texte unschwer erkennen. Es war nicht möglich, die Fehler der ersten Ausgabe besonders hervorzuheben: der Band wäre allzusehr angeschwollen, die kritischen Noten würden den Text überlastet haben und dem Leser nur den Genuß verkümmern. Ich habe mich begnügt, solche Anmerkungen zu geben, die zum Verständniß des Textes erwünscht waren; doch war auch hier Beschränkung geboten; oft genügte die Verweisung auf die entsprechenden Stücke der Poschinger'schen Sammlung. Die Antworten Gerlachs habe ich nicht mit aufgenommen. Soweit sie im „Briefwechsel“ veröffentlicht sind, bedürfen die Texte noch der genauen Nachprüfung; die dort als „nicht vorhanden“ bezeichneten Briefe Gerlachs aus den Jahren 1855—1858 habe ich aus den Originalen im zweiten Bande des Bismarck-Jahrbuchs wortgetreu veröffentlicht.

Den Text der Briefe Bismarck's habe ich aus den Originalen und den im Besitze des Fürsten Bismarck befindlichen Concepten, die ich zum Vergleiche mit heranziehen durfte, möglichst getreu heraus-

gegeben. Alle Eigenthümlichkeiten der Schreibweise, die doch auch nur Aeußerungen des Charakters sind, sind beibehalten und nur kleine Versehen, die sich aus der Flüchtigkeit des Schreibens erklärten, stillschweigend verbessert worden. Dagegen habe ich die Ungleichmäßigkeit in der Schreibung öfter vorkommender Worte (dies und dieß, deßhalb und deshalb) durch Annahme der zumeist angewendeten Schreibung beseitigt. Die meisten der bisher ausgelassenen Stellen wurden in den Text aufgenommen; denn die frühere Ausgabe zeigt auch darin die größte Willkür, insofern ihr Herausgeber wichtige politische Auseinandersetzungen ohne jeden sichtbaren Grund weggelassen hat. Auch Charakteristiken von politischen Persönlichkeiten, die in der ersten Ausgabe fehlen, fanden Aufnahme in die neue, wenn sie infolge des Todes der charakterisirten Persönlichkeit und bei dem Mangel direkter Nachkommen ohne Verletzung persönlicher Rücksichten veröffentlicht werden konnten. Die Absicht der Beleidigung hat ja dem Brieffschreiber stets ferne gelegen, er beobachtete die Personen, mit denen er in Berührung kam, mit dem Interesse des Anthropologen: die fein ausgeschnittenen Silhouetten politischer Persönlichkeiten, die Bismarck seinen Briefen einverleibt hat, sind die Zeugnisse seines scharf beobachtenden Geistes.

Wie die bisher bekannt gewordenen Briefe Bismarcks an seine Gemahlin und seine Schwester sind auch die an den General v. Gerlach Meisterstücke der Brieffschreibekunst; vor jenen haben sie den politischen Gehalt voraus, mit jenen gemeinsam ist ihnen der liebenswürdige und schalkhafte Humor, die treffende Charakteristik von Personen und Dingen, die schlichte und in ihrer Schlichtheit so kraftvolle Sprache, die Wärme der patriotischen und religiösen Empfindungen. Möchten sie in der neuen Form recht viele Leser finden!

Chemnitz, den 18. Januar 1896.

Dr. Horst Kohl.

Inhalt.

1. Brief vom 22. Juni 1851 1—11

Einweihung des Denkmals bei Wiesenthal 1. Preussisches und Badisches Militär 1. Aufnahme der Preussischen Truppen durch die Bevölkerung 2. Barella, Vater und Sohn 2. Oberstlieutenant Künzel 2. Herr v. Rochow's Geschäftsführung 3. Bismarck als Junker in einer Sinecure 3. Warum Bismarck wünschen muß, zu Rochow's Nachfolger ernannt zu werden 3. Frau v. Bismarck 4. Die Landpartien des Grafen Thun 4. Charakteristik der Bundestags-Gesandten: Graf Thun und seine Leute, Baron Brenner und Baron Rell 4. General Thlander 5. Herr v. Rostk 5. Herr v. Reinhard 5. Herr v. Marshall 5. Herr v. Trott 5. Herr v. Münch 5. Baron Dungen 5. Herr v. Schele und Herr v. Derzen 6. Herr v. Bülow 6. Bürgermeister Brehmer 6. Syndicus Banks 6. Bürgermeister Smidt 6. Herr v. Fritsch 6. Herr v. Eisenbecher 6. Gesamtcharakteristik 6. Oestreichs Verschleppungspolitik 7. Oestreich und Preußen am Bundestag 7. Antipreussische Gesinnung der benachbarten Fürsten 7. Nothwendigkeit vorgängiger Verständigung zwischen Berlin und Wien über alle am Bundestag vorzubringenden Fragen 7. Bedeutung der deutsch-materiellen Fragen für Preußens Deutsche Politik 8. Anschluß Hannovers an den Zollverein 8. Zur innern Politik Preußens: Berufung der Provinzialstände 8. Pecuniäre Lage der preussischen Subaltern-offiziere in Frankfurt 9. Major Deeg 9. Bismarck als „Spieler“ 10. Herr v. Savigny 11.

2. Brief vom 26. November 1851 11—12

Bismarck als galerien des Dienstes 11. Zur Frage der Hamburger Verfassung 11. Verlogene Handelspolitik der Oestreicher 12.

3. Brief vom 28. Dezember 1851 12—15

Der Staatsstreich vom 2. Dezember 12. Der Bonapartismus in Preußen 13. Bedeutung des 2. Dezember für Frankreich 13. Die Einführung der Majoritätenherrschaft am Bundestag gefährdet den Bund 14. Graf Thun's Niedergeschlagenheit bei Differenzen mit Preußen 14. Winzingerodes Sturz 14.

4. Brief vom 5. Januar 1852 15—19
 Der Ministerwechsel in Nassau 15. Die Deutsche Flotte auf dem Trocknen 16. Thuns Klagen über die Haltung Preußens zu Oestreich 17. Die Politik des Fürsten v. Schwarzenberg 17. Möglichkeit eines Bündnisses Oestreichs mit Frankreich 17. Stellung des Grafen Hapsfeldt zum Präsidenten Napoleon 18. Oestreich und Preußen in der Flottenfrage 18. Die polemischen Artikel der Preussischen Zeitung 19.
5. Brief vom 6. Februar 1852 19—20
 Pralormo 19. Frankfurter Stilleben 19. Project eines Preussischen „Staatsstreichs“ gegen den Bund 20. Nachtheile einer Substitution des Oestreichischen Gesandten bei Abwesenheit des Preussischen Gesandten 20.
6. Brief vom 20. Februar 1852 21—25
 Résumé des Standes der Flottenfrage: Der Antrag Preußens und Hannovers auf Anerkennung des Bundeseigenthums an der Flotte 21. Der Bundesbeschluß vom 16. Februar und seine Bedeutung für die Frage der Vertheilung des an der Flotte gemachten Verlustes 21. Die künftige Gestaltung der Nordseeflotte 21. Preußens Zutritt zum Flottenverein eine Stärkung seiner Stellung in Deutschland 22. Oestreich vor einem Dilemma 22. Haltung Baierns in der Flottenfrage 23. Vortheile einer Vertretung Preußens am Bunde durch andre, als den Oestreichischen Gesandten bei Abwesenheit des Preussischen Gesandten 23. Herr v. Holzhausen als muthmaßlicher falsarius 24.
7. Brief vom 6. März 1852 25—26
 Inhalt einer Unterredung Bismarcks mit dem Könige über die Bildung der ersten Kammer 25.
8. Brief vom 23. April 1852 26—27
 Uebersendung eines Privatschreibens des Herzogs von Augustenburg 27. Haltung des Herrn v. Bülow gegen den Herzog 27. Inhalt der Erklärung des Herzogs 27.
9. Brief vom 9. Mai 1852 28—30
 Befehl zur Rückkehr nach Frankfurt 28. Ist eine schriftliche Verabschiedung vom König zulässig und üblich? 28. Verstimmung des Königs gegen die Rechte der Kammer 28. Seine Unzufriedenheit mit Bismarcks Haltung 29.
10. Brief vom 15. Mai 1852 30—31
 Die Angriffe in der „Zeit“ auf Minister und hohe Beamte 30. Quehl, Manteuffels böser Genius 31.
11. Brief vom 25. Juni/19. Juli 1852 32—34
 Bismarck in Ofen 32. Kaiser Franz Joseph 32. Die Artikel der Kreuzzeitung in der Zollfrage 32. Wageners Angriffe unbegründet und unbegreiflich 33.
12. Brief vom 26. Juli 1852 34—36
 Alenzes Lügen 34. Gründe für Alenzes Haß gegen Bismarck 35. Bismarcks Haltung in Wien 35. Dr. Franz 35. Hindernisse einer positiven Bundespolitik 35.

13. Brief vom 2. August 1852 36
 Geburt des Sohnes (Wilhelm); Bismarcks angebliche Intriguen zum Sturze Manteuffels; Zufriedenheit Bismarcks mit seinem Frankfurter Posten 36.
14. Brief vom 11. October 1852 37—39
 Die Sache der Standesherrn, Gruppierung der Parteien für und wider die Standesherrn am Bunde 37. Der König von Preußen muß mit einem directen Antrag zu Gunsten der Standesherrn vor seine Kammern treten 38. Die rechtliche Seite der Angelegenheit 38. Wohnungsnoth in Frankfurt 39.
15. Brief vom 6. November 1852 40—43
 Zur Jagd in Veßlingen und Blankenburg, Stimmung des Königs und der Minister 40. Das Ministerium im Zustande des *décousu* 40. Unzufriedenheit des Königs mit Bismarck wegen Ablehnung der Wahl zur Kammer 40. Beweggründe Bismarcks 41. Dr. Franz ein Vorpartist 41. Eine Stärkung des Ministeriums durch Heranziehung brauchbarer Leute *ad latus* der jetzigen Minister ist bei dem Mangel an Einheitslichkeit undenkbar 41. Mangel an Interesse für die Hamburger Frage bei den Regierungen 42. Oestreichs Interesse an der Umgestaltung der Frankfurter Verfassung 42. Ernennung Thuns zum Gesandten in Berlin 42.
16. Brief vom 4. Dezember 1852 43—46
 Bismarcks Jugend ein Hinderniß seines Eintritts in die erste Kammer 43. Wer soll Graf Thun am Bunde ersetzen? 43. Zur Charakteristik des Grafen Thun 44. Die offizielle Notifikation des französischen Kaiserthums 45. Einheit und Vertrauen zwischen den Mitgliedern des Ministeriums die Voraussetzung einer gesunden innern Politik 45. Verkauf der deutschen Flotte, Oestreichs Bedenken gegen den Verkauf 46.
17. Brief vom 7./8. Januar 1853 46—50
 Einiges Beiwert zur Geschichte der Anerkennung des französischen Kaiserthums 46. Haltung Baierns und Sachsens 47. Herr v. Reinhard 47. Herr v. Tallenay und Mr. Tillos 48. Bestrafung Frankfurts für voreilige Anerkennung 48. Des Moniteurs Angaben über die Gefinnung Hesses-Darmstadts 48. Haltung der ehemaligen Rheinbundstaaten in den Tagen der Krisis 48. Correcte Haltung Hannovers 49. Die Ernennung des Frhrn. v. Prokesch zum Bundesgesandten und ihre Aufnahme seitens der übrigen Gesandten 49. Seine Ernennung kein zureichender Grund für eine Abberufung Bismarcks 49. Das Gerücht von einer beabsichtigten Veretzung Bismarcks nach Petersburg 50.
18. Brief vom 8. Januar 1853 51—54
 Mittheilungen des Grafen Bernstorff-Gartow über die Zustände Hannovers 51. Kritik einzelner dieser Mittheilungen 52. Unwahrscheinlichkeit der Berufung eines „rothen“ Cabinets in Hannover 52. Kann eine Einwirkung Preußens auf Hannover Erfolg haben, und ist eine Besprechung zwischen Bismarck und Schele gerathen? 53. Abneigung des Königs von Hannover gegen eine wiederholte Beschwerde der Ritterschaft am Bundestage 53.

19. Brief vom 21. Januar 1853 54—55
 Briefliche Mittheilungen eines Mitgliedes der Hannoverschen Ritterschafft über die nachtheilige Wirkung eines Besuchs Bismarcks in Hannover 54. Empfang des Herrn v. Lallénay und Entgegennahme seines Creditivs 50. Profeschs Anmeldebrieft 55. „Dienstliche“ Indigestionen infolge „amtlicher“ Trüffelvertilgung 55. Eine Deutsche Medaille zu Ehren Napoleons III. 55.
20. Brief vom 27. Januar 1853 55—57
 Die Artikel der Kreuzzeitung über Napoleons Verheirathung mit Eug. Montijo 55. Zwecklosigkeit provocirender Kundgebungen 56. Die Kreuzzeitung als Barometer des politischen Wetters in Preußen muß sich diplomatischer bewegen 56. Pronunciamentos gegen Frankreich machen Preußen von Rußland und Oestreich abhängig 56. Eine anständige Verbindung Napoleons wäre gefährlicher, weil sie die europäischen Monarchien mehr der Contagion aussetzte 57. Französische Rüstungen 57. Bedingungen des Eintritts in den Johanniterorden 57.
21. Brief vom 15. Februar 1853 57—59
 Sehnsucht Bismarcks nach einem Briefe mit genauen Nachrichten über die Kammerverhandlungen 57. Die Geschäftsführung des Herrn v. Profesch 57. Verstimmung des russischen Gesandten gegen Herrn v. Profesch 58. Hannovers Haltung gegen Preußen in der Frage des Zollanschlusses 58. Preußen und der Zollverein 58. Die Mailänder Rebellion eine Visitenkarte Napoleons 58. Das Uebermaß unverdaulicher Diners 58.
22. Brief vom 23. Februar 1853 59—62
 Bismarck kein Gegner Wageners und der Kreuzzeitung an sich, sondern nur ihrer polternden Festigkeit, durch die sie der conservativen Sache schaden 59. Die Klugheit erfordert, daß Preußen den Schein einer möglichen Verbindung mit Frankreich aufrechterhalte, damit Oestreich und Rußland sich mehr um Preußens Bündniß bemühen 60. Die liberale Bureaucratie der gefährlichste Krankheitsstoff im Leibe Preußens 60. Duehls Berichte 60. Zur Beurtheilung des Ministers v. Mantuffel 60. Unwahrscheinlichkeit eines Drei-Kaiser-Bündnisses 61. Untreue Hannovers 61. Bismarcks Mißtrauen gegen die Staaten der Darmstädter Coalition 61. Uebergriffe Profeschs 61. Mittheilungen aus Duehlschen Berichten 62.
23. Brief vom 13. März 1853 63
 Eine Aeußerung Profeschs zu Herrn v. Derßen über einen Gedanken-austausch zwischen der Oestreichischen und Preussischen Regierung, betr. die Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Oestreichischen Protestanten 63. Ist Profesch Katholik oder Protestant? 63. Lage der Kurheßischen Finanzen 63.
24. Brief vom 16. März 1853 64—68
 Bericht über den Stand der Ulm-Kastatter Festungsbaufrage 64. Nothwendigkeit einer vorgängigen Verständigung zwischen Preußen und Oestreich in allen wichtigen Dingen, ehe sie an den Bund gebracht werden 64. Das System der Majorisirung Preußens gefährdet den Frieden zwischen Oestreich und Preußen 64. Wie kann Preußen Oestreich seine Unarten abgewöhnen? 65. Die Ulm-Kastatter Sache als Erziehungsmittel 65. Haltung des Generals v. Schmerling in der

- Festungsbaufrage 66. Oestreichs verlogne Diplomatie 66. Preußen und die Staaten der Darmstädter Coalition 67. Der Sturz Beusts und Dalwigks muß Aufgabe der Preussischen Politik sein 67. Die Anregung der Englischen Flüchtlingsfrage am Bunde durch Hessen-Darmstadt 67. Wie kann die Kurhessische Politik zu Gunsten Preußens dauernd beeinflußt werden? 68. Eine anmaßliche Forderung des Preussischen Conjuls v. Bethmann 68.
25. Brief vom [18.] April 1853 69—72
 Zur Charakteristik des Majors Deeg 69. Ausbleiben der Dueschischen Wochenberichte 70. Langsamer Gang der Bundessachen infolge der Friction entgegenstehender Interessen 71. Revision der Geschäftsförderung 71. Obercommando in Frankfurt 72. Bitte um Erjaß für Th. Stolberg 72.
26. Brief vom 25. April 1853 72—76
 „Geist“ des 29. Infanterie-Regiments 72. Die Maulhelden der Frankfurter Demokratie 73. Zwang und Furcht die Bürgen der Ordnung 74. Die Frage der Inspecion des Holsteinischen Contingents 74. Die Begründung der neuen Bank in Darmstadt 74. Wohnsiß der Prinzessin Anna nach ihrer Vermählung 74. Anstellung Carls v. Caniz und des Grafen Westphalen in der Diplomatie 75. Bismarcks Bericht über die Mißstände in der Bundeskanzlei und seine Mittheilung nach Wien 75. Unruhen in Holland 76. Der Beschluß der Kammer wegen der ausländischen Presse 76.
27. Brief vom 11./13. Mai 1853 76—80
 Ueberfendung eines Berichts über die Frage des Festungsbaus in Ulm und Raftatt 76. Das System der Majorisirung Preußens am Bunde 76. Die Verschleppung der Liquidationsangelegenheit durch Oestreich 77. Vorschlag eines vorläufigen Auskunfsmittels 78. Zur Frage der Einstimmigkeit bei organischen Einrichtungen 79. Das besetzte Lager bei Raftatt 80.
28. Brief vom 27. Mai 1853 81
 Die Abberufung von Caniz auf Wunsch Dalwigks muß zum Sturze Dalwigks benutzt werden 81.
29. Brief vom 8./9. Juli 1853 81—87
 Warum ist Goltz im Ministerium unbrauchbar? 82. Die Russische Circulardepesche 82. Rußlands Werbung um ein Bündniß mit Frankreich 82. Unsichere Haltung der Oestreichischen Politiker 82. Audienz Bismarcks in Darmstadt 83. Bismarcks Unterredung mit dem Hessischen Kriegsminister von Schäffer-Bernstein 83. Prinzessin Carl 84. Spielende Fürsten 84. Prinzess Caroline von Mecklenburg-Strelitz 85. Empfang der Herzogin von Leuchtenberg in Frankfurt; Julie Hauke als Gräfin Battenberg 85. Prinz Alexander exclu de service 85. Mißtrauen Bismarcks gegen Oestreich 85. Preußen an der Spitze einer bewaffneten Neutralität — eine Phantasie 85. Dueschs Preßtreiberien 86. Zurückweisung aller Projekte für eine Aenderung des Ministeriums durch den Prinzen von Preußen 86. Klagen über Major Deeg 86. Bismarck ehrlich gegen den König und General v. Gerlach 87.
30. Brief vom 10. Juli 1853 87—89
 Goltz' Anmaßlichkeit 87. Die Intrigue zum Sturze Manteuffels und die Haltung des Prinzen von Preußen 88.

31. Brief vom 1. August 1853 89—90
Reisebericht 89. Quehl in Baden-Baden bei der Prinzessin von Preußen
89. Reisepläne 89. Profesch als falsarius 90.
32. Brief vom 5. August 1853 90—91
Quehls Entschluß abzugehen 90. Bismarck, beobachtet durch Agenten
von Deetz und Hindelbey 90. Profeschs Zanksucht 90.
33. Brief vom 6. August 1853 91—96
Hindelbeys Bericht an Manteuffel über Bismarcks Verkehr mit einem
jüdischen Polizeispion 91. Protest gegen eine derartige Ueberwachung
durch mouchards der Berliner Polizei 92. Major Deetz der moralische
Urheber des Hindelbeyschen Angriffs 93. Gründe für die Feindschaft
Deetzens gegen Bismarck 93. Deetzens Abberufung nothwendig zur
Herstellung des Friedens 93. Profeschs Ungezogenheit und Verlogen-
heit erschwert die Verständigung unter den Gesandten 94. Unzuläng-
lichkeit der Geschäftsordnung 94. Oestreichs Präsidialstellung und deren
Auffassung 95. Preußens Stellung im Bunde entspricht nicht seiner
Europäischen Bedeutung 95. Profeschs Abneigung gegen jede Revision
der Geschäftsordnung 95. Bitte um Befürwortung eines Urlaubs-
gesuchs 96. Quehls Abgang 96.
34. Brief vom 13. August 1853 97—98
Tantalusqualen eines Reise lustigen 97. Reisepläne 97. Hollands An-
lehnung an Preußen 97. Ernennung Perponcherz zum Residenten und
Geschäftsträger 98.
35. Brief vom 24. August 1853 98—99
Reisepläne 98. Schilderung von Holland 99. Amsterdam 99.
36. Brief vom 23. September 1853 99—101
Ein Mißverständnis des Prinzen von Preußen 99. Unterredung Bis-
marcks mit dem Prinzen von Preußen in Ostende 100.
37. Brief vom 16. October 1853 101—103
Bismarcks Reise nach Genua 101. Erkrankung an der Ruhr 102. Ver-
spätete Rückkehr nach Genf 102. Italienische Zustände, Land und Leute
102. Niederlichkeit der Posteinrichtungen 103. Großsprecherei der
Italienischen Presse 103.
38. Brief vom 25. November 1853 104—110
Eine Beschwerde über die Oestreichische Presse in Wien ist erwünscht,
eine Beschwerde über Profesch nicht nützlich 104. Mißbrauch und Ab-
nutzung des Bundes durch Oestreich 104. Preußen als „blöder Junge“
104. Heuchlerische Phrasen statt einer ehrlichen offenen Preußischen
Politik 104. Preußens Bundesfreundlichkeit wird Oestreich gegenüber
zur Phrase und von den andern Bundesstaaten nicht geglaubt 105.
Preußenfeindliche Stimmung in Hannover, Kassel und Dresden 106.
Correcte Haltung Baierns. Die angeblichen Verhandlungen zwischen
Baiern und Frankreich durch Graf Lascher 106. Graf Perponcher 106.
Graf B. . . . , der neue Attaché 107. Major v. Ratte und seine Be-
denken, die Wahl zur 2. Kammer anzunehmen 107. Der Babilische
Kirchenstreit; Voreiligkeit der Kreuzzeitung und ihrer Parteinahme für
den Bischof von Freiburg 107. Aufgabe Preußens als Schutzmacht des

Protestantismus 108. Frankfurter Verfassung. Charakteristik der Unterzeichner der Petition 108. Neue Quertreibereien des Majors Deeg 109. Zur Frage der Gültigkeit des Reichsdisciplinargesetzes 109.

39. Brief vom 18. Dezember 1853 110—114

Zur Charakteristik des Ministers v. Manteuffel und seines Bruders 110. Erkältung in den Beziehungen Bismarcks zu Manteuffel 111. Bismarck fühlt sich frei von dem Vorwurf ambitioſer Stellenjägerei 111. Die Preußiſchen Noten nach Stuttgart und Carlsruhe gegen die Deuſtſchen Intriguen 111. Deuſtſs Bemühungen, in Thüringen das Sächſiſche Bewußtſein zu ſtärken 112. Deſtreich und die Frage der Reviſion der Bundes-Militärverfaſſung 112. Preußens Anſpruch auf das Obercommando in Frankfurt im Wechſel mit Deſtreich 112. Deegens Abberufung hat den Verluſt der Commandantur für Preußen keineswegs zur Folge 112. Dr. Böhmer 113. Die Unterzeichnung des Wiener Protokolls bringt Preußen in Gegenſatz zu Rußland 113. Der Vergleich zwiſchen dem legitimen und dem falſchen Ventind 113. Dalwigk in Ungnade beim Großherzog 114. Der Herzog von Naſſau und die Katholiken 114.

40. Brief vom 19./20. Dezember 1853 114—118

Baierns Freundschaft iſt wichtig für Preußen in ſeinen Differenzen mit Deſtreich 114. Eine Annäherung Rußlands an Frankreich macht Preußens Lage unbequem; da Deſtreich ein unzuverlässiger Bundesgenosse iſt, darf Preußen Rußland nicht erkälten 115. Der Dualismus Deſtreichs und Preußens in Deutschland 115. Die Klugheit rät Preußen, die Möglichkeit einer Verbindung mit Frankreich ſich offen zu erhalten, um die deutſchen Staaten an einer Rheinbundspolitik zu hindern 116. Deuſtſs Umtriebe am Münchener Hofe 117. Eine Unterredung mit Dalwigk 117. Ein Mordverſuch auf den Prinzregenten von Baden 117. Eine Ausſchüßſigung in Sachen der Lippeſchen Verfaſſung 118. Frankfurter Damenkriege 118.

41. Brief vom 22. Dezember 1853 119—121

Der Lippeſche Verfaſſungsſtreit 119. Veranlaſſung; Klage der Stände beim Bunde 119. Die Preußiſche Vermittlung und ihr Scheitern inſolge Deſtreichſcher Gegenintriguen 119. Haltung der Deſtreichſchen Partei am Bunde 120. Antrag auf Erlaß eines Inhibitoriums an die Lippeſche Regierung 120. Bismarcks Vermittlung 120. Gehartikel in Blättern der Gothaer Partei gegen Bismarck 120. Die Kreuzzeitung auf dem Holzwege 121.

42. Brief vom 20. Januar 1854 121—124

Meinungsverschiedenheiten zwiſchen Bismarck und der conſervativen Partei in Sachen des Badiſchen Kirchenſtreits 121. Charakter der ecclesia militans der Katholiken 122. Preußen gilt der katholiſchen Kirche trotz ſeiner Nachgiebigkeit als Feind 122. Die Rundſchau vom 4. Januar (1. Theil) 122. Die Haltung der Kreuzzeitung neutraliſirt faſt die amtliche Ermuthigung, die Preußen der Badiſchen Regierung gewährte 123. Mißbilligung gerichtlichen Einſchreitens gegen Präſident Gerlach 123. Bismarcks Auffaſſung in der Pairsfrage wird beſtimmt durch die Rückſicht auf den König 124.

43. Brief vom 3. Februar 1854 124—128

Rücktrittsgedanken des Generals v. Gerlach 125. Der 2. Theil der Rundſchau 125. Folgen eines Bruches Manteuffels mit der conſervativen Partei 126. Bericht über die in Carlsruhe gewonnenen Ein-

- drücke 126. Charakteristik der Oestreichischen Diplomatie 126. Rothschilds Schreck 127. Mittheilungen aus Briefen von Kammerfreunden über Berliner Zustände 127.
44. Brief vom 20. Februar 1854 128—131
 Die Anhaltische Verfassungsfrage 128. Welche Haltung muß die Preussische Politik in der Orientalischen Frage Rußland gegenüber einnehmen? 128. Oestreichs Bedrängniß muß von Preußen benutzt werden, um die eigene Stellung am Bunde zu stärken 129. Ein Angriff des Journal de Francfort auf Beust 129. Ein Russischer Rheinbund gegen Frankreich, Preußen und Oestreich 130. Oestreichs Lage 130. Beschlagnahme der Kreuzzeitung 130. Gerüchte über Einführung eines höheren Wahlsensuz 130. Unpolitisches Verhalten der Junker in Sachen des Jagdrechts 131. Reise nach Schönhausen 131. Der neue Commandant für Frankfurt 131. Heirath Alseburg-Brints 131. Napoleons Brief an den Kaiser von Rußland 131. Französische Circulardepeche 131.
45. Brief vom 21. Februar 1854 132
 Heirath Alseburg-Brints 132. Oestreichische Stimmung gegen Rußland 132.
46. Brief vom [29.] März 1854 133—135
 Bericht über den Aufenthalt in Hannover: König, Minister Lütken, Königin 133. Die Verlobung des Prinzen von Hessen-Philippsthal mit Prinzessin Luise 133. Landgraf Karl August von Hessen-Philippsthal 134. Unterredung mit Hassenpflug, dem Kurfürsten von Hessen und dem Französischen Gesandten in Kassel 134. Mogeleyen Prokeschs 134. Aengstlichkeit der Regierung in Sachen der Anleihe 134. Prinz Emil von Hessen 134. Klärung der öffentlichen Meinung zu Gunsten Preußens 135.
47. Brief vom 30. März 1854 135—136
 Haltung Baierns einer Preussisch-Oestreichischen Vorlage gegenüber 135. Niedergeschlagenheit des Englischen Gesandten über die Ablehnung der Convention durch Preußen 135.
48. Brief vom 2. April 1854 136—137
 Feldzeugmeister v. Heß in Berlin 136. Stimmung der Deutschen Staaten im Hinblick auf die Orientalische Crisis 136. Chancen eines Russischen Rheinbundes 137. Curzsteigerung der Oestreichischen Papiere 137.
49. Brief vom 7. April 1854 137—139
 Zur Frage einer Oestreichisch-Französischen Allianz 137. Antifranzösische Gesinnung der Mittelstaaten 138. Pourtales, Goltz, v. Manteuffel 138. Unverfängliche Briefadressen 139.
50. Brief vom 9. April 1854 139—141
 Sorge vor einer antirussischen Politik Preußens 139. Gefahren einer feigen Politik 140. Die Kriegspartei in Wien 140. Bonins „Watermörderer“ 141.
51. Brief vom 13. April 1854 141—142
 Stimmungsbericht 141. Die Staaten der Bamberger Coalition 141. Ein antiösterreichischer Artikel des Journal de Francfort 142. Bonin und Manteuffel 142. Bismarcks Empfindungen bei Lektüre der Kammerdebatte 142. Bethmann-Hollweg und sein Schwiegersohn Graf P. 142.

52. Brief vom 17. April 1854 143—145
 Langsamkeit der Postverbindung über Köln 143. Die Preußisch-Östreichische Convention 143. Oberst Ruff 143. Oestreichs militärische Kräfte 144. Proteichs Friedensliebe 144. Englands Wünsche in Betreff der Preußischen Politik 144.
53. Brief vom 21. April 1854 145—146
 Uebersendung eines Auszugs aus einem Berichte an Manteuffel 145. Unbekanntschaft Bismarcks mit dem Inhalt der Convention vom 20. April 145. Unbeliebtheit Bunjens in England 145. Gortschakoff als Diplomat ein Fuchs in Holzschuhen 145. Zurückhaltung der Kreuzzeitung gegenüber den Wiener Preßjuden 146. Wie Proteich sich lästige Kosten erspart 146.
- Anhang 146—147
 Auszug aus dem Berichte an Manteuffel vom 21. April 1854.
54. Brief vom 28./29. April 1854 147—149
 Theilnahme am häuslichen Leide Gerlachs 147. Unterredung mit Hasenpflug über die Kurhessische Verfassungsangelegenheit 147. Das Preußisch-Östreichische Bündniß vom 20. April 148. Mangel an Entschlossenheit in ministeriellen Regionen 148. Ist es gerathen, das Bündniß vom 20. April dem Bunde vorzulegen? 148.
- Anhang 149—150
 Bericht an Manteuffel vom 29. April 1854.
55. Brief vom 19. Mai 1854 151—154
 Vertrauliches Preußisches Circular an die Preußischen Missionen in Deutschland 151. Uebereinstimmung der Deutschen Regierungen mit der Preußischen Auffassung des Preußisch-Östreichischen Bündnisses 151. Mittheilungen aus einem Briefe des Grafen Schlick 151. Bedeutung der Östreichischen Aushebung 151. Baierns Antrag auf Wahl eines Ausschusses zur Behandlung der Orientalischen Frage 152. Mittheilungen des Oberst Fischer über die Stimmung im Kreise des Prinzen von Preußen 152. Unterredung mit Proteich über die Ausschußfrage 153. Einflüsse am Hofe des Prinzen von Preußen 153.
56. Brief vom 20. Mai 1854 154
 Preßerörterungen über die Convention vom 20. April in einem der Preußischen Auffassung entgegengeetzten Sinne 154. Das Treiben in der officiösen Presse 154.
57. Brief vom 6. Juni 1854 155—156
 Ergebnisse der Bamberger Conferenz 155. Proteichs Ver Stimmung über Beust und Pfordten 155. Der Prinz von Preußen in Frankfurt 155. Seine Zustimmung zu den Forderungen der Bamberger 155. Die Vertretung des Bundes bei den ferneren Verhandlungen 155. Gortschakoff als Nachfolger Meyendorfs 156. N. Aueršwald 156. Die Östreichische Commation nach Petersburg 156.
58. Brief vom 10. Juni 1854 156—158
 Die Letzchener Zusammenkunft 156. Preußen darf nicht die Rolle des Östreichischen Büttels gegen die Bamberger spielen 156. Warum läßt

- die Preussische Regierung ihren Gesandten am Bunde amtlich in Unkenntniß vom Ausgang der Bamberger Conferenz und von der Oestreichischen Sommatio? 157. Feier des 11. Juni in Frankfurt 158.
59. Brief vom 28. Juni 1854 158—159
 Gerlachs Saumfeligkeit im Schreiben 158. Mittheilungen aus Mantoueßs Schreiben an Bismarck 158. Nachgiebigkeit der Bamberger 158. Preßstimmen zu Gunsten eines Oestreichischen Protectorats über die Donaufürstenthümer und Serbien 158. Rußlands Erbitterung gegen Oestreich 159. Protesch in der Haltung resignirter Bescheidenheit 159.
60. Brief vom 6. Juli 1854 159—160
 Prinz Carl in Frankfurt 159. Die Ansprache Ronges 159. Ruffenhaf der Frankfurter Demokraten 159. Bismarcks Promotion in den Staatsrath und seine Definition des Staatsraths 159.
61. Brief vom 14. Juli 1854 160—161
 Uebersendung eines Berichts über die Hamburger Verfassungsfrage 160. Proteschs Betretenheit über die friedliche Stimmung in Wien 160. Der Prinz von Preußen für eine Preussische Kriegserklärung gegen Rußland 161.
62. Brief vom 8. August 1854 161—162
 Eine Oestreichische Depesche nach Paris, mit Frankreich vereinbart zur Täuschung Preußens? 161.
63. Brief vom 15. August 1854 162—163
 Unzufriedenheit Bismarcks mit der ruffenfeindlichen Wendung der Preussischen Politik 162. Preußen am Ruckchoße Oestreichs 162. Die Oestreichische Erklärung an den Bund und Proteschs Drängen auf eilige Vorlegung 163. Die Fürstin Lieven im Dienste der Französischen Politik 163.
64. Brief vom 26. August 1854 164—166
 Auf der Reise nach Reinfeld in Pommern 164. Oestreichische Separatunterhandlungen mit den Deutschen Höfen 164. Proteschs Verhalten in der Ausschussßigung vom 25. August 164. Verlauf der Sitzung 165. Klagen der Deutschen Gesandten über Oestreichs Rücksichtslosigkeit 165 f. Preußen muß den Deutschen Staaten Schutz gegen Oestreichs Selbstsucht gewähren, wenn es sie nicht auf Frankreichs Seite treiben will 166. Der Tenor der Preussischen Depesche vom 20. August 166.
65. Brief vom 9. October 1854 166—168
 Die Oestreichischen Depeschen vom 30. September und 1. October 167. Stimmung am Bunde gegenüber der Kriegslust Oestreichs 167. Oestreich und die Westmächte 167. Aeußerung des Lord Lansdowne 167. Eine Aeußerung des Sir Alex. Malet 167. Die Reise des Generals Webell nach Paris und ihre Wirkung zu Gunsten Preußens 168. Erkrankung des ältesten Sohnes Herbert 168.
66. Brief vom 13. October 1854 168—170
 Erkrankung des Erstgeborenen 168. Besuch Proteschs beim Erzherzog Stephan 169. Schlechtigkeit der Oestreichischen Politik 169. Berstimmung der Deutschen Gesandten über die Wiener Depeschen 169. Oestreichs

Vertrauen auf unbedingte Unterstützung durch Preußen 170. Fehler der Russischen Kriegsführung 170. Minister Lütken nach der Charakteristik des Grafen Kielmansegge 170.

67. Brief vom 18. October 1854 171—174

Die Antwort der Deutschen Staaten auf die Oestreichische Anfrage 171. Wie erklärt sich der Wechsel der Stimmung in Hannover, Dresden, München? 171. Oestreichs Entschiedenheit, Preußens Unentschlossenheit 171. Das einzige Mittel, den Oestreichischen miles gloriosus zahm zu machen 172. Uebertreibungen in den Berichten der Preussischen Gesandten in Hannover und Dresden, Osnenburg und Nibern 173. Womit kann Preußen Oestreich drohn, um es den Preussischen Wünschen willfährig zu machen? 173. Abneigung des Königs von Hannover gegen Kniphhausen 174.

68. Brief vom 25. October 1854 174—177

Eine Verdächtigung Bismarcks und der „Russischen“ Partei 174. Ansicht der Deutschen Cabinette von Preußens unerhöplicher Gutmüthigkeit 175. Preußen kann durch die Drohung einer Anlehnung an Frankreich seine Stellung im Bunde und Oestreich gegenüber verbessern 175. Furcht allein thut Wirkung 176. Ansicht des Französischen Gesandten über Oestreichs Kriegsbereitschaft 176.

69. Brief vom 22. November 1854 177—179

Bitte um Nennung des Collegen, von dem Bismarck verdächtigt worden ist 177. Richtigstellung der gethanen Aeußerung 177. Die offizielle Diplomatie in Preußen spielt mit Fremden gegen die eigenen Vertreter unter einer Decke 177. R. Golz 178. Oestreichs Einschüchterungspolitik gegenüber Preußen und Preußens Nachgiebigkeit 178. Die willkürliche Interpretation des Vertrags vom 20. April 178. Zu den Kammerfessionen kann Bismarck nur gerufen kommen 179.

70. Brief vom 15. Dezember 1854 179—181

Der Vertrag Oestreichs mit den Westmächten vom 2. Dezember 179. Soll Preußen dem Vertrag beitreten? 179. Was hält Bismarck von Berlin fern? 180. Die Gerüchte über eine Differenz zwischen dem Könige und dem Prinzen von Preußen 180. Die Schwaben auf der Hasenjagd! 180. Furcht allein bestimmt die Entschlüsse in Deutschen Cabinetten 180.

71. Brief vom 21. Dezember 1854 181—183

Manteuffel gegen den Beitritt zum Vertrage vom 2. Dezember 181. Ansicht der westmächlichen Gesandten in Frankfurt über Mesdoms Sendung nach England 181. Preußen hat die Forderung nicht zu scheuen, muß aber Selbstvertrauen zeigen 181. Despectirlicher Charakter der abhängigen Reservestellung Preußens zu Oestreich 182. Die Möglichkeit eines Bündnisses Preußens mit Frankreich als Mittel, den Bundesstaaten Respect vor Preußen einzufößen und Oestreich zur Rücksichtnahme auf Preußen zu zwingen 182.

72. Brief vom 6. Januar 1855 183—186

Noch einmal die Drohung mit einem Bündnis Preußens mit Frankreich als Mittel, Oestreich in den Schranken der Mäßigung zu halten 184. Wirkung einer festen Haltung auf die kleineren Staaten 184. Bismarck kein Bonapartist, aber ein ehrgeiziger Preuße 184. Preußens Theil-

nahme an den Conferenzen kein notwendiges Erforderniß 185. Ugedoms Sendung nach London 185. Warum Bismarck zögert, nach Berlin zu kommen 185. Graf Arnims eventuelle Pensionierung 185. Minister v. d. Pfordten über die Oestreichische Depeſche vom 24. Dezember 185. Preußen und die Mittelstaaten 186. Bismarcks Bericht vom 3. Januar 186.

73. Brief vom 27. Januar 1855 186—188

Ausſichtslosigkeit der Hamburger Verfaſſungsfrage am Bunde 186. Oestreichs Zögerung muß Preußen zur Betreibung eines Beschlusses der Bundesmilitärcommission in der Mobilisirungsfrage benutzen 187. Die Bearbeitung Deutscher Minister durch Bismarck 187. Die Verleihung des Rothens Adler-Ordens an Dalwigk als Mittel der Befestigung 187. Ordensverleihungen halten nicht Schritt mit den Verdiensten 187. Furcht der Deutschen Fürsten vor einer Preußisch-Russischen Allianz 188. Mißtrauen der Mittelstaaten gegen Preußen wegen der Ugedom-Wedelſchen Verhandlungen 188.

74. Brief vom 31. Januar 1855 188—190

Die Ablehnung des Oestreichischen Mobilisirungsantrags 188. Der Beschluß des Ausschusses 189. Ausbeutung der Wedelſchen Mission durch Oestreich 189. Nothwendigkeit beruhigender Mittheilungen über den Zweck der Sendung an die Mittelstaaten 190.

75. Brief vom 2. Februar 1855 190—191

Wie erklärt sich das günstige Resultat der Sitzung des Ausschusses? 190. Vorschläge zu weiteren Anträgen Preußens 190. Preußen muß das Steueruder des Deutschen Schiffes mit entschlossener Initiative ergreifen 191. Das Badische Separatvotum in der Frage der Wahl des Oberfeldherrn 191.

76. Brief vom 10. Februar 1855 192—194

Manteuffel für entschiedene Gegendemonstration im Falle näher rückender Französischer Drohungen 192. Beunruhigung Manteuffels über eine Aeußerung Bismarcks und deren Mittheilung an Moustier 192. Sorge Bismarcks vor einem plötzlichen Abschlusse mit Frankreich 193. Preußen darf die Deutschen Mittelstaaten nicht im Stich lassen 193. Oestreichs Politik an den Deutschen Höfen 193.

77. Brief vom 26. Februar 1855 194—197

Hamburger Verfaſſungsfrage 194. Weigerung der Central-Preßstelle, einen im Sinne Preußens und des Beschlusses vom 8. Februar abgefaßten Artikel über die Politik des Bundes in der Orientalischen Frage aufzunehmen 194. Unmöglichkeit eines völligen Systemwechsels 195. Nothwendige Folgen eines Treubruchs Preußens 195. Die Abberufung Protetschs und seine Erziehung durch Nechberg 196. Titoff in Frankfurt 196. Alarmirende Berichte Hsenburgs aus Hannover 197.

78. Brief vom 2. März 1855 197—199

Einfendung des zurückgewiesenen Artikels 197. Wie erklärt sich die Zurückweisung? 197. Die offiziöse Presse und Mängel des Instituts 198. Gegensatz zwischen Manteuffel und Hindelbey 198. Die Nachricht von der Ernennung Magnans zum General der „Rheinarmee“ 199. Thümen in Mainz 199. Krankheit des Kaisers Nikolaus 199.

79. Brief vom 7. März 1855 200—201
 Der Tod des Kaisers Nikolaus 200. Aeußerungen des Grafen Rechberg über die Nothwendigkeit des Zusammengehens von Preußen und Oestreich 200. Gerüchte vom Kriegsschauplatz 201. Die Französische Oest-armee 201. Mangel eigener Vertretung Rußlands am Bunde 201. Mittheilungen aus Darmstadt und Hannover 201. Aarunachrichten Jfenburgs 202. Graf Bova, Vater und Sohn 202.
80. Brief vom 9. März 1855 202—205
 Preußenfreundliche Stimmung in Darmstadt 202. Unterredung mit dem Kurfürsten von Hessen 203. Mittheilungen aus Briesen über die Stimmung in den Ungarischen Regimentern 203. Oestreichische Haltung der Spencer'schen Zeitung 203. Nothwendigkeit strenger Maßregeln gegen landesverräterische Blätter 203. Polizeidirector Kudloff 203. Rechberg als „Präsidental-Gesandten-Stellvertreter“ 204. Die Verstärkung der Mainzer Besatzung 204. Thimen in Mainz an der falschen Stelle 204. Keizerssteins Weitschweifigkeit 204. Graf Monts 204. v. Schweinig 204. Wedells Sendung nach Paris 205.
81. Brief vom 12. März 1855 205—208
 Wedells Unterredung mit Herrn v. Münch auf der Fahrt nach Darmstadt über den Zweck seiner Pariser Reise 205. Preußen muß Thätigkeit im Widerstand gegen Frankreich entwickeln, um die Kleinen zusammenzuhalten 205. Oestreichs Einschüchterungspolitik 205. Preußen darf nicht säumen, sonst wird es von Frankreich überlaufen 206. Wedells Sendung nach Paris ein neues Zeichen der Schwäche 207. Die Vertretung Preußens an den Frankfurt benachbarten Höfen 207. Mangel einer Vertretung Rußlands in Frankfurt und Stuttgart 207. „Klein Vieh macht auch Mist!“ 207. Oestreichs und Frankreichs Bekehrde über Herrn v. Bismarck 208. Krankheit der Frau v. Bismarck 208.
82. Brief vom 19. März 1855 208—212
 Die Hamburger Verfassung am Bunde 208. Ein amtlicher Verweis gegen Herrn v. Bismarck 209. Angriff des Moniteur auf Herrn v. Bismarck 210. Verlauf der Sitzung vom 22. Februar 210. Antrag auf Dementirung des Moniteur-Artikels 211. Genesung der Frau v. Bismarck 212.
83. Brief vom 3. April 1855 213—215
 Stoßseufzer über Preußens bürgerliche Bescheidenheit gegenüber Oestreichs Unverschämtheit 213. Rechbergs verjöhnliche Haltung 213. Bestimmung Mantuffels gegen Herrn v. Bismarck 214. Klagen über Perponchers Ausbleiben 214. Preußenfreundliche Haltung Luxemburgs 214. Die Mission Wedell-Wfeedom und ihre Ausbeutung durch die Wiener Diplomatie 214. Das Französische Ultimatum an Oestreich 215. Die Preußischen Depeschen vom 2. und 8. März 215.
84. Brief vom 27. April 1855 215—220
 Unkenntniß der Frankfurter Diplomaten über Fragen der Europäischen Politik 215. Trägheit und Plumpheit der Russischen Diplomatie 215. Mangel einer Russischen Mittheilung an den Bund 216. Mangelhafte Vertretung Rußlands an den Deutschen Höfen 217. Oestreichische Gesinnung der meisten Bundestagsgesandten 217. Wie ließe sich an den Deutschen Höfen für Preußen wirken? 218. Die Hamburger Verfassungsfrage 218. Aeußerung des Marquis v. Tallenay über den Anschluß Oestreichs an die Westmächte 218. Wie kann Oestreich von der

Theilnahme am Kriege abgehalten werden? 219. Napoleons Besuch in England 219. Mittheilungen über die Stärke der Oestreichischen Truppen 220.

85. Brief vom 8. Mai 1855 220—222

Die Russische Mittheilung an den Bund über die Wiener Verhandlungen 220. Deckadressen zur Vermeidung der Brieferoöffnung 220. Der Umschlag der Stimmung in Hannover zu Gunsten Preußens 221. Prinz Emil von Hessen 221. Die Ehe des Prinzen Friedrich Carl 221. Graf Rechberg 221. Zur Geschichte der Russischen Erklärung 221. Die Ernennung des Legationsraths Wenzel zum Residenten in Frankfurt 221. Disciplin der Bundestagsgeandten 222. Entlassung Drouyns de L'huys und Thoubenels 222.

86. Brief vom 30./31. Mai 1855 222—226

Wirkung der Siegesberichte auf die Frankfurter und Wiener Börse 222. Rechbergs Ansicht von einer Wandlung der Oestreichischen Politik 222. Wirkung der Russischen Mittheilung an den Bund auf die Deutschen Mittelstaaten und Oestreich 223. Vorschläge für die Preussische Politik 223. Ansicht Tallenahs von dem Zwecke der Bewegung Pelissiers 223. Der neue Vertreter Kurhessens am Bunde, Dörnberg 224. Baumbach contra Hassenpflug 224. Verschleppung der Hamburger Verfassungsfrage 224. Rechbergs Mittheilungen über eine Oestreichische Circulardepesche 224. Wirkung militärischer Erfolge auf die Französische Regierung 225. Die Englische Fremdenlegion 225. Perponchers Groll gegen Bismarck 225. Kehrt Prokesch nach Frankfurt zurück? 226. Pastor Dressel 226. Der Prinz von Preußen in Frankfurt 226.

87. Brief vom 10. Juni 1855 226—228

Die Hamburger Verfassungsfrage 226. Oestreichs Drohung mit Austritt aus dem Bunde 227. Dalwigk als Lügner 228. Befinden des Königs 228. Die Bonifaciusfeier 228. Menschenfresser in Galizien 228.

88. Brief vom 15. Juni 1855 229—232

Die Russische Note an den Bund 229. Der Antrag auf Abschaffung der Spielbanken wird am Bunde nie zur Annahme kommen 229. Die Entsendung eines Bundes-Commissars nach Hamburg ist unwahrscheinlich 229. Ist Rechberg ein Ultramontaner? 230. Unbedenklichkeit der Ruolschen Vorschläge für Rußland 230. Ruol am Halse Gortschakoffs 230. Prokeschs „Nord“-Osten 230. Frankreichs Hinneigung zu Oestreich und ihre Gründe 231. Das persönliche Motiv für Ruols Gereiztheit gegen Preußen 231. Bedingungen für eine „Neutralität“ Oestreichs 232.

89. Brief vom 30. Juni 1855 232—235

Sorge um die Gesundheit des Königs 233. Die Verleihung eines Hessischen Ordens an Caniz 233. Unterredung mit dem Großherzog Ludwig 233. Dalwigk und Baumbach als Preußenfeinde 233. Die Oestreichische Erklärung an den Bund eine Falschmünzerei 233. Die Rückkehr Prokeschs nach Frankfurt eine Schädigung des Bundesverhältnisses 234. Zufriedenheit Bismarcks mit dem Frankfurter Posten 234. Ein Brief Manteuffels über die wahren Pläne Oestreichs 234. Trübe Nachrichten aus Paris 235.

90. Brief vom 11. Juli 1855 235—239

Die Oestreichische Vorlage am Bunde und ihr wahrscheinlicher Zweck 235. Wie Ruol Minister wurde 236. Die Ernennung eines Bundescommissars

für Hamburg ist mit Profesch nicht durchzubringen 236. Die politique occulte in Wien 237. Bach, Grüne, die Erzherzogin Sophie 237. Die Ordens-Verleihung an Caniz 237. Dalwigks Benehmen in der Ordens-angelegenheit 238. Brillwitz als Ersatz für Schreckenstein 238.

91. Brief vom 20. Juli 1855 239—241

Die Ordensverleihung an Caniz 239. Die Abstimmung am Bunde in der Orientalischen Angelegenheit 239. Das Resultat des Bundesbeschlusses 240. Hannibal Fischer, seine Gefangenschaft in Coburg 240. Scharff von Scharffenstein 241.

92. Brief vom 7. August 1855 241—245

Bundesferien, Reisepläne 241. Die Anstellung von Vogeljang in Sigmaringen ist dem Landesverrath nahe verwandt 242. Hannovers Anlehnung an Preußen 242. Oestreichs geheime Agitation an den Deutschen Höfen 242. Belebung der Beziehungen der Gothaer zu Oestreich 243. Ludwig v. Gerlach 243. Abneigung der Königin von Hannover gegen das neue Ministerium 243. Kniphhausen als Hannöverscher Gesandter in Berlin 243. Hannibal Fischers Entlassung aus dem Lippeschen Staatsdienst 243. v. Schreckenstein, Vater und Sohn 244. v. Schweinig 244. v. Brillwitz als Attache 244. Eine Zusammenkunft mit Ludwig v. Gerlach in Rüdelsheim 244. Profeschs Verstimmung 245. Prinzessin Carl in Frankfurt 245. Eine Tactlosigkeit des Grafen Schaffgotsch 245.

93. Brief vom 15. September 1855 245—248

Bericht über den Ausflug nach Paris 245. Physiognomie des Pariser Straßenlebens 246. Die Königin von England in Paris, Gleichgültigkeit des Publikums 246. Stützen Napoleons 247. Haßfeldts Aerger über Manteuffel 247. General Olbergs Auftreten in Paris 247. Die Hamburger Verfassungsfrage 247. Furchtsamkeit des Hannöverschen Ministeriums 247. Die Kronprinzessin v. Württemberg in Frankfurt 247. Zur Reise des Königs 248.

94. Brief vom 7. October 1855 248—252

Am Hoflager zu Coblenz 248. Erstes debut der Frau von Bismarck am Hofe 249. Haßfeldt und Bernstorff vor dem Könige 249. Bernstorff im Sonnenschein der königlichen Hulde 249. Olympia v. Ufedom 249. Ufedom und Bunsen 250. Die Conventikel der Gothaer in Heidelberg 250. Die Times-Artikel über eine Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der princess royal 250. Das Gerücht von Arnims Abgang 250. v. Hedern und v. Brochhausen 250. Savignys Wunsch nach Versetzung 250. Berponchers Wunsch, zum Gesandten in Darmstadt ernannt zu werden 251. Bitte des Großherzogs von Hessen um den Rothen Adler für Görz 251. Eine Tischrede des Sir A. Malet 251. Manteuffels Verstimmung gegen Bismarck 252. Eine gereizte Unterhaltung zwischen dem König und dem Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha 252. Preußens Interesse am Krimkriege 252. Oestreichs papierne Kriegstrompete 252.

95. Brief vom 29. October 1855 252—256

Gerlachs Klage über die Nähe seines politischen Todes 252. Noch einmal der Coblenzer Hofkummer 252. Bernstorffs Empfänglichkeit für Gnadenbeweise 253. Grund für Haßfeldts Verstimmung gegen General Gerlach 253. Maritime Rüstungen der Franzosen 253. Die Dummheit im Lande der „Erbweisheit“ 253. Rußlands Zuwachs an Macht nach 1812 254. Die Preussischen Standesherrn 254. Profeschs „Mission“ nach Paris und seine Desavouirung durch die officiösen Wiener

- Blätter 254. Tactlosigkeiten Profesechs 255. Dalwigk als Bonapartist 256. Besuch des Großherzogs von Hessen in Berlin 255. Hannovers Befehung zu Preußen 255. Ursachen der Verstimmung Kapfeldts und Bernstorffs gegen Manteuffel 256. Ursachen der Verstimmung Manteuffels gegen Bismarck 256.
96. Brief vom 31. October 1855 256—258
 Verdriehlichkeit einer etwaigen Beschwerde der Standesherrn am Bunde gegen Preußen 256. Herr v. Brunnow 257. Profesechs Zurückhaltung 257. Verdächtige Haltung Baierns 257. Profesechs Rache 257. Französische Geldsendungen nach dem Orient 258. Brunnows Mißtrauen gegen Rechberg 258. Lehlinger Jagd 258. Ernennung eines Attachés für die Frankfurter Gesandtschaft 258. Vernehmung Savignys 258.
97. Brief vom 16. November 1855 258—261
 General v. Schäffer-Bernstein 258. Der Briefdiebstahl bei Gerlach und Niebuhr 259. Berliner Postbeamte in Französischem Solde 259. Rechbergs Haltung 259. Nichtauszeichnung des Adjutanten des Herzogs von Nassau 260. Perponchers Wunsch, zum Gesandten in Darmstadt ernannt zu werden 260. Nothwendigkeit eines jugendlichen Attachés bei der Frankfurter Gesandtschaft 260.
98. Brief vom 24. November 1855 261—262
 Einladung zu den Sitzungen des Herrenhauses 261. Frankfurter Gerüchte über den Depefchendienftahl 261.
99. Brief vom 21. Dezember 1855 262—269
 Bericht über den Besuch am Münchener Hofe 262. Die gemeinnützigen Projecte des Königs Max 262. Bairische Budgetsorgen. 263 Bismarcks Rath 263. Pfordten über Graf Buol 263. Pfordtens Urtheile über den König Max und den König von Württemberg 264. Pfordtens Pariser Eindrücke 264. Audienz Bismarcks beim Könige 264. Herr v. Bockelberg 265. Eine Münchener Caricatur 265. Buol und Beust in Golling 265. Aufnahme Bismarcks am Hofe zu Stuttgart 265. Urtheil des Königs Wilhelm über den Kaiser von Oestreich und die Oestreichische Politik 265. Napoleons Pläne 266. Schlechte Behandlung des Königs von Sardinien in Paris 266. Ein Wig des Herrn v. Hübner 267. Oestreichs Hoffnung auf Gewinn der Fürstenthümer 267. Ein Vorschlag zur Bundesreform 267. Die Sache der Württembergischen Standesherrn 267. Urtheil beider Könige über Rechberg 267. Rußlands Stellung zu der Frage der Neutralisation des Schwarzen Meeres 267. Besuch in der Wilhelma 267. Rechbergs Mißtrauen gegen die Wiener Politik 268. Die Russischen Zugeständnisse 268. Friedensstimmung in Frankreich 268. Zerwürfnisse in der Württembergischen Königsfamilie 269.
100. Brief vom 8. Januar 1856 269—271
 Glückwunsch zum neuen Jahr 269. Die Russische Circulardepefche 269. Festigkeit die erste Bedingung für eine erfolgreiche Preussische Politik 270. Mission E. Manteuffels nach Wien 270. Tod der Frau v. Wrints 271. Th. zu Stolberg als Flügeladjutant 271.
101. Brief vom 9. Januar 1856 271—272
 Ein Oestreichischer Zeitungsartikel über E. Manteuffels Mission nach Wien 271. Graf Montessuy 271. Rechberg in gedrückter Stimmung 271. Ein fehlerhafter Leitartikel der Kreuzzeitung 272. Niedergeschlagenheit Manteuffels 272. Die „Rundschau“ der Kreuzzeitung 272.

102. Brief vom 26. Januar 1856 272—273
 Uebersendung eines an Manteuffel erstatteten Berichts 272. Der König in Vuols Schlinge 273. Eine Oestreichische Zumuthung an den Bund 273. Dank für die Verleihung des Rothén Adlers 273.
103. Brief vom 1. Februar 1856 274—275
 Fremde und eigene Krankheitsnoth 274. Ein neuer Vorschlag von Beust in Betreff des Beitritts des Bundes zu der Oestreichischen Vorlage 274. Bedenken gegen ein Russisch-Französisches Bündniß bei Oestreichs Feindschaft gegen Preußen und Englands Abhängigkeit von Preßbengeln 274. Die Einladung Preußens zur Conferenz eine Frage der Zeit 275.
104. Brief vom 6. Februar 1856 276—278
 Ansichten der Oestreichischen Vorlage am Bunde 276. Der Inhalt der am Bunde zu gebenden Erklärungen hängt von der Frage ab, ob Preußen an den Conferenzen Theil nimmt 276. Wie hat sich Preußen zu verhalten, wenn seine Theiligung an den Conferenzen abgelehnt wird? 277. Eine Aeußerung Malets zu dieser Frage und Bismarcks Antwort 277. Manteuffels Auffassung 277. Oestreichische Persidie 273.
105. Brief vom 11./12. Februar 1856 278—282
 Horn über Preußens Nachgiebigkeit gegen Oestreichische Forderungen 278. Ein Analogon zur Schwäche der Regierung im Frühling 1848 279. Preußen auf gleicher Linie mit Darmstadt und Oldenburg 279. Durch welches Mittel allein kann Preußen seine Theilnahme an den Conferenzen durchsetzen? 280. Preußen muß vor allem den Muth der eigenen Meinung haben 280. Die Vertretung Preußens durch Oestreich ist einer Euro-päischen Macht unwürdig 281. Bismarck als disciplinirter Staatsmann 281.
106. Brief vom 26. Februar 1856 282—284
 Einige Notizen über Generallieutenant v. Thümen, Nothwendigkeit eines Erfasses 282. Eine Indiscretion des Nord 283. Nachrichten aus Paris 284. Fertigstellung des Protokolls der letzten Bundestagsßigung 284. Preußen bleibt besser der Conferenz fern 284.
107. Brief vom 19. März 1856 285—287
 Selbstmord Rammers, Duell Hinkeldey-Rochow 285. Das Gerücht von dem Tode Adolphs v. Canitz 285. Eine Druckschrift über den Potsdamer Depeschen-Diebstahl 285. Die schnelle Annahme der Einladung zur Conferenz durch Preußen war eine politische Unklugheit 286. Wie Vuol sich in die Tinte hineinlog 286. Politische Folgen einer Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Princess royal 287. Die Dummheit im Lande der „Erbweisheit“ 287.
108. Brief vom 5. April 1856 287—290
 Stellung der Bundesversammlung zur Hamburger Frage 287. Preußen in der Hamburger Frage in der Rolle eines „Altterthümlers“ 288. Besorgnisse der Regierungen wegen der möglichen Folgen eines Eingreifens von Bundeswegen in die Hamburger Verfassungskämpfe 288. Der politische Katholicismus des Wiener Hofes und seine Organe am Bunde 288. Mangel an positiven Anträgen am Bunde in Sachen Hamburgs 289. Eine Action gegen die Reuner muß an den Höfen durch Preußen und Oestreich vorbereitet werden 290. Trägheit der Conservativen von Hamburg 290.

109. Brief vom 8. April 1856 291—293
 Empfehlung Schulenburgs für die diplomatische Laufbahn 291. Zur Heirath des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der princess royal Victoria 291. Anglomanie und Englischer Einfluß am Berliner Hofe, die möglichen Folgen der Heirath 292. Neigung des Deutschen Michels zu stupider Bewunderung des Englischen 292. Bonin als Gouverneur von Mainz 292. Unwahrscheinlichkeit eines schnellen Bruches zwischen Frankreich und England, trotz des Mangels an Staatsweisheit in der Englischen Regierung 292. Preußen darf für den Fall einer zukünftigen Russisch-Französischen Allianz seine Entscheidungen nicht präjudiciren 293. Das Mißtrauen zwischen dem Reich und Preußen schließt ehrliche Kampfgemeinschaft aus 293.
110. Brief vom 28. April 1856 294—295
 Die mathematische Logik der Thatfachen weist auf Kampf zwischen Preußen und Oestreich hin 294. Ein selbständiges Preußen ist im System der Wiener Politik unmöglich 295.
111. Brief vom 28. Mai 1856 295—299
 Pfingstferien 295. Bismarck im Kampf mit den Aerzten 295. Die Erhaltung der Bundesgarnison in Frankfurt a. M. ein Preussisches Interesse und eine Bürgschaft für Zeiten revolutionärer Bewegungen 296. Die Dänische Frage wird eher durch die Großmächte als durch den Bund gelöst werden 297. Reizensteins Beschwerde über das Gouvernement von Luxemburg 297. Die Redemptoristen als Bevorzugte des Gouvernements 297. Streit in der Militär-Commission 297. Ein Beispiel von Anarchie, gegeben von dem Preussischen Gouvernement von Luxemburg 298. Trost für den Mangel höfischen Glanzes 298.
112. Brief vom 25. August 1856 399—301
 Geschäftige Tagesordnung eines Seebades 299. Geistige Ueberlegenheit der Frauen über die Männer 299. Vorschlag für Neubesezung der Flügel-Adjutantur 300. Schweiniß 300. Reisepläne 300. Ein Zeitungsbericht über die Zahl der jüdischen Offiziere in der Oestreichischen Armee 300. Oestreich und Sardinien — Arcades ambo! 301. Prinz Albalbert gegen die Risspiraten 301. Königlichcs Blut befruchtet die Ehre der Armee 301.
113. Brief vom 18. November 1856 302—304
 Politisches Stillleben in Frankfurt 302. Politische Phantasien des Sardinischen Gesandten 302. Haltung der ultramontanen Schweizer Blätter gegen Preußen 302. Oestreichs Renommage über Rußlands Liebeswerben 303. Sassenkrug, ein Virtuos im Lügen 303. Resignation 303.
114. Brief vom 12. März 1857 304—306
 Eine Unterredung mit Graf Platen über die Dänische Frage 304. Ansichten Rehbbergs, Montessuhs, Fontons 304. Bismarcks Ansicht 305. Für die Folge ist es erwünscht, die Intentionen des Pariser Cabinets kennen zu lernen. Herr v. Bismarck ist bereit, nach Paris zu reisen 306. Ein schmeichelhaftes Urtheil Napoleons über Bismarcks diplomatische Befähigung 306.
115. Brief vom 20. März 1857 307—308
 Mollen-Kur in Soden 307. Ein Diner im Frankfurter Style 307. Charakteristik Fontons 307. Warum bleibt Morny so lange in Petersburg

burg? 308. Gerücht einer Preussisch-Oestreichischen Commation an Dänemark 308. Antwort Mantouffels auf Bismarcks Anfrage wegen einer Excursion nach Paris 308.

116. Brief vom 31. März 1857 308—311

Guter Eindruck der Preussischen Kammerverhandlungen im Auslande 308. Ungeschicklichkeiten und Tactlosigkeiten der Regierung gegenüber den Kammern 309. Geschicklichkeit Palmerstons in der Behandlung des Parlaments 310. Die Dänische Frage am Bunde anhängig zu machen, ist erwünscht 310. Ankündigung der Reise nach Paris 310.

117. Brief vom 11. April 1857 311—314

Die Neuenburger Frage auf der Pariser Conferenz 311. Unbequeme Lage Preussens 311. Bismarcks persönliche Ansicht in der Dänischen Frage 312. Aufnahme dieser Ansicht bei Napoleon, Walewski und Lord Comley 312. Abneigung Oestreichs gegen bewaffnetes Einschreiten des Bundes 312. Bericht über eine Unterhaltung mit Kaiser Napoleon 313. Napoleons Wunsch, Preussens Armee und Landwehr zu sehen 313. Welchen Nutzen gewährt Preussen ein Besuch Napoleons? 313. Einladung, zur Verhandlung der Salzsteuer nach Berlin zu kommen 314.

118. Brief vom 2. Mai 1857 314—324

Gerlachs häusliches Leid 314. Die äußere Politik eines Staates darf die Realitäten nicht ignoriren 315. Das Prinzip der Legitimität muß fremden Staaten gegenüber dem Preussischen Patriotismus untergeordnet werden 315. Frankreich ist für Bismarck nur ein Stein im politischen Schachspiel 315. Antipathien und Sympathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen dürfen den Diplomaten in seiner politischen Aufgabe nicht bestimmen 315. Gefühlspolitik eine ausschließlich Preussische Eigenthümlichkeit 316. Rückgang des Ansehens Preussens seit 1848 316. Preußen hat keine Bündnisse und treibt keine active auswärtige Politik 316. So lange es nur mit Oestreich und den Deutschen Staaten als Bundesgenossen für den Kriegsfall rechnet, ist es ohne Einfluß in Friedenszeiten 317. Oestreichs preußenfeindliche selbstsüchtige Politik 317. Mißtrauen der Deutschen Mittelstaaten gegen Preußen im Frieden, ihr Abfall von Preußen im Kriegsfall 318. Oestreich als Gegner Preussens in der Neuenburger Frage 318. Will Preußen wieder zu Ansehen kommen, so muß es vor allem den Schein erwecken, mit Frankreich auf gutem Fuße zu stehen 319. Höflichkeit eine wohlfeile Münze 319. Einwirkung der Nichtachtung Preussens im Auslande auf die inneren Verhältnisse Preussens 320. Gefühl der Trostlosigkeit 320. Mangel an positiven Zielen, Mangel an Freunden das Ergebniß der gegenwärtigen Preussischen Politik 320. Die Französische Freundschaft ist gegen Höflichkeit und den Schein der Gegenseitigkeit zu haben; sie zurückstoßen um einer nationalen oder persönlichen Antipathie willen ist ein Fehler, wenn man nicht Pläne hat, in deren Combination der Anschein guten Vernehmens mit Frankreich nicht paßt 321. Die Einladung der Gesandten, zur Salzsteuer-Abstimmung nach Berlin zu kommen, war angesichts der Lage unbegreiflich 322. Der Gegensatz in Bismarcks und Gerlachs politischen Auffassungen 323. In der Neuenburger Frage darf Preußen auf Freundschaft der Mächte nicht zählen 323. Der Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin 324. Befinden des Kaisers Napoleon 324. Attentatsgerüchte 324.

119. Brief vom 11. Mai 1857 324—326

Anfrage wegen des Besuchs von Soden 324. Bismarck ist nicht Bonapartist, sondern allein Preuße, aber ohne jede Voreingenommenheit gegenüber andern Staaten 325. Keine gutmüthige Schwäche gegenüber

Oestreich! 325. Die Consolidirung der militärischen Stellung in Süd-Deutschland ist für Preußen nicht gleichgültig 326.

120. Brief vom 30. Mai 1857 326—335

Die Inferiorität der Sprache gegen den Gedanken erzeugt neue Mißverständnisse 326. Napoleon ist nicht der Repräsentant der Revolution *κατ' ἐξοχήν* 327. Fast alle Existenzen der heutigen politischen Welt wurzeln in revolutionärem Boden 327. Zu keiner Zeit haben die Vertreter der Legitimität die Berührung mit der Revolution gescheut, wenn es ihren Interessen entsprach 327. Preußen vertritt das Prinzip des Kampfes gegen die Revolution auch nur einseitig gegen Napoleon 328. Wo steckt das Besondere in Napoleon? 329. Der Bonapartismus ist nicht der Vater der Revolution 329. Ungerechte Kriege und Eroberungen sind kein der Familie Bonaparte eigenthümliches Attribut 329. Allgemeinheit des Triebes zum Erobern 330. Der Bonapartismus hat nicht das Bedürfniß, wie die Republik, seine Regierungsgrundsätze gewalttham zu propagiren 330. Ueberzeugung Napoleons von der Fehlerhaftigkeit der heutigen Institutionen Frankreichs 330. Napoleons Rücktritt würde für das übrige Europa eine große Verlegenheit sein 331. Es ist unbillig, in ihm die zu bekämpfende Revolution zu personifiziren 331. Das „Besondere“ der Französischen Revolution liegt in der örtlichen und zeitlichen Nähe der Ereignisse 332. Die Annäherung an Frankreich bleibt für Preußen der Anfang zur Verbesserung seines Ansehens in Deutschland und in Europa 332. Bismarck-Haugwitz, eine falsche Parallele 333. Der Baseler Friede war kein Fehler, das Stillstehen im Jahre 1805 eine ausgezeichnete Dummheit 333. Wirkung eines Besuchs Napoleons auf die Achtung der kleineren Staaten vor Preußen 334. Kühle Ablehnung der Französischen Werbung muß den Bruch zur Folge haben 334. Passive Planlosigkeit kann Preußen in der Mitte Europas nicht durchführen 335. Bitte um nachsichtige Beurtheilung 335.

121. Brief vom 24./25. Juli 1857 335—337

Jagdeinladung des Prinzen Friedrich von Hessen 336. Besuch in Rumpenheim, Gespräch mit der Gräfin Deeken über die Ursachen der Erkaltung zwischen Berlin und Hannover 336.

122. Brief vom 19. Dezember 1857 337—342

Ursachen der langen Unterbrechung der Correspondenz 337. Bismarck als unwillkommener Störenfried einer vertraulichen Unterredung in Sanssouci 337. Edwin Manteuffels verletzendes Benehmen 338. Bismarck kein Günstling des Hofes mehr, allmählicher Rückgang der freundschaftlichen Empfindungen 339. Gegenstand der damaligen Erörterung 341. Die Stellvertretung des Prinzen eine auf die Dauer unhaltbare Einrichtung 341. Herstellung des Königs der einzige Weg, der aus dem Marasmus des jetzigen Zwitterzustandes herausführen kann 342. Mengstilches Zurückhalten der Mittelstaaten in der Holsteiner Frage 342.

123. Brief vom 20. Februar 1858 342—343

Antrag Ludwigs v. Gerlach auf 6jährige Landtagsessionen 342. Unthunlichkeit der Aenderung des bisherigen Zustandes 342. Bitte um Aufklärung über die Tendenz des Antrages? 343.

124. Brief vom 2./3. März 1858 343—345

Redactionsgeheimnisse der „Postzeitung“ sind schwer zu ergründen 343. Weiteres zur Kritik des Antrags Ludwigs v. Gerlach auf 6jährige Landtagsessionen 344. Unerfreuliches Wetter am Bunde 345.

125. Brief vom 2./4. Mai 1860 (Bruchstück) 345—348
 Mißtrauen und Kühnheit gegen Bismarck 345. Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und Gerlach in den Fragen der auswärtigen Politik 346. Andre Zeiten, andre Anschauungen 347. Politische Realitäten 347. Napoleon III. ist nicht Napoleon I.; der Haß gegen ihn in offiziellen Kreisen ist nicht frei von Furcht 347. Das Schweigen von Schleinig gegen die Excesse der Redner des Landtags war ein Mißgriff 348. Heimweh nach Petersburg im Gefühl, in Berlin überflüssig zu sein 348.

Beilagen 349—354
 I. Schlüssel zur Erklärung der Pseudonymen 351.
 II. Brief des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha an den Herzog Leopold zur Lippe 353.

Register 355—378
 Berichtigungen 379

Tafel

zur Vergleichung der gegenwärtigen mit der ersten Ausgabe.

Lau- fende No.	Datum des Briefes	Gedruckt in der ersten Ausgabe Seite	Bemerkungen
1.	1851 22. 6.	1—8	
2.	26. 11.	9	
3.	28. 12.	12—14	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
4.	1852 5. 1.	15—18	
5.	6. 2.	19—20	
6.	20. 2.	20—24	
7.	6. 3.	25—26	
8.	23. 4.	—	Uebernommen aus v. Poschinger.
9.	9. 5.	28—30	
10.	15. 5.	31—32	
11.	25. 6. } 19. 7. }	35—36	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
12.	26. 7.	38—40	
13.	2. 8.	42	
14.	11. 10.	44—45	
15.	6. 11.	45—48	
16.	4. 12.	50—53	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
17.	1853 7/8. 1.	54—58	
18.	8. 1.	58—61	
19.	21. 1.	61—62	

125. Brief vom 2./4. Mai 1860 (Bruchstück) 345—348
 Mißtrauen und Kühnheit gegen Bismarck 345. Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und Gerlach in den Fragen der auswärtigen Politik 346. Andre Zeiten, andre Anschauungen 347. Politische Realitäten 347. Napoleon III. ist nicht Napoleon I.; der Haß gegen ihn in offiziellen Kreisen ist nicht frei von Furcht 347. Das Schweigen von Schlei¬ nig gegen die Excesse der Redner des Landtags war ein Mißgriff 348. Heimweh nach Petersburg im Gefühl, in Berlin überflüssig zu sein 348.

Beilagen 349—354
 I. Schlüssel zur Erklärung der Pseudonymen 351.
 II. Brief des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha an den Herzog Leopold zur Lippe 353.

Register 355—378
 Berichtigungen 379

Tafel

zur Vergleichung der gegenwärtigen mit der ersten Ausgabe.

Lau- fende No.	Datum des Briefes	Gedruckt in der ersten Ausgabe Seite	Bemerkungen
1.	1851 22. 6.	1—8	
2.	26. 11.	9	
3.	28. 12.	12—14	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
4.	1852 5. 1.	15—18	
5.	6. 2.	19—20	
6.	20. 2.	20—24	
7.	6. 3.	25—26	
8.	23. 4.	—	Uebernommen aus v. Poschinger.
9.	9. 5.	28—30	
10.	15. 5.	31—32	
11.	25. 6. } 19. 7. }	35—36	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
12.	26. 7.	38—40	
13.	2. 8.	42	
14.	11. 10.	44—45	
15.	6. 11.	45—48	
16.	4. 12.	50—53	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
17.	1853 7/8. 1.	54—58	
18.	8. 1.	58—61	
19.	21. 1.	61—62	

Lau- fende No.	Datum des Briefes	Gedruckt in der ersten Ausgabe Seite	Bemerkungen	
20.	1853. 27. 1.	62—64		
21.	15. 2.	66—67		
22.	23. 2.	69—72		
23.	13. 3.	76—77		
24.	16. 3.	78—82		
25.	[18.] 4.	84—86		
26.	25. 4.	88—91		
27.	11/13. 5.	113—117	In 1. Ausg. mit falscher Monatsangabe.	
28.	27. 5.	—	Uebernommen aus v. Poschinger.	
29.	8/9. 7.	93—97		
30.	10. 7.	97—99		
31.	1. 8.	—		
32.	5. 8.	101		
33.	6. 8.	—		
34.	13. 8.	103—105		
35.	24. 8.	105		
36.	23. 9.	109—110		
37.	16. 10.	—		
38.	25. 11.	117—121		
39.	18. 12.	125—127		
		3. 12 v. u.	} In 1. Ausg. sind beide Briefe mit	
40.	19/20. 12.	127 3. 11 v. u.		einander verschmolzen.
		—130		
41.	[22.] 12.	131—132		
42.	1854 20. 1.	135—138		
43.	3. 2.	140—142		
44.	20. 2.	158—161	In 1. Ausg. mit falscher Monatsangabe.	
45.	21. 2.	—		
46.	[29.] 3.	143—144	In 1. Ausg. mit falscher Tagesangabe. S.	
		3. 3 v. u.	144 3. 3 v. u. —145 (Schluß des Briefes)	
			gehören zum Briefe vom 2. 3. 1858.	
47.	30. 3.	145—146		
48.	2. 4.	149 3. 14 v. u.	} In 1. Ausg. sind beide Briefe durch-	
		—150 3. 17 v. u.		einandergeworfen. Das Stück S. 150
49.	7. 4.	148—149 3. 15		3. 24—7 v. u. gehört dem Briefe
		v. u., 150 3. 6 v. u.	vom 6. 7. 1854 an.	
		—151		
50.	9. 4.	151—152		
51.	13. 4.	155—156		
52.	17. 4.	156—158		
53.	21. 4.	161—162	In 1. Ausg. gehört das Stück S. 162 3. 17	
		3. 16 v. u.	v. u. ff. einem Bericht an Manteuffel an.	
54.	28/29. 4.	164—165		
55.	19. 5.	167—169	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.	

Laufende No.	Datum des Briefes	Gedruckt in der ersten Ausgabe Seite	Bemerkungen	
56.	1854 20. 5.	169	In 1. Ausg. als Postscript dem vorhergehenden Briefe angeschlossen.	
57.	6. 6.	171—172		
58.	10. 6.	172—173		
59.	28. 6.	173—174		
60.	6. 7.	150 3. 24—7 v. u.	Vgl. Bemerkung zu den Briefen vom 2. und 7. April 1854.	
61.	14. 7.	176—177		
62.	8. 8.	180—181		
63.	15. 8.	182—184		
64.	26. 8.	186—188		
65.	9. 10.	189—191		
66.	13. 10.	193—194		
67.	18. 10.	196—199		In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
68.	25. 10.	201—203		
69.	22. 11.	206—207		
70.	15. 12.	208—209		
71.	21. 12.	212—215		
72.	1855 6. 1.	219—222		
73.	27. 1.	—		
74.	31. 1.	—	Uebernommen aus v. Poschinger.	
75.	2. 2.	224—225		
76.	10. 2.	227—229		
77.	26. 2.	231—233		
78.	2. 3.	236—238		
79.	7. 3.	238—240		
80.	9. 3.	240—242		
81.	12. 3.	242—245		
82.	19. 3.	248—251		
83.	3. 4.	251—253		
84.	27. 4.	253—257		
85.	8. 5.	257—258		
86.	30/31. 5.	258—261	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.	
87.	10. 6.	262—263		
88.	15. 6.	266—269		
89.	30. 6.	270—272		
90.	11. 7.	263—266	In 1. Ausg. mit falscher Monatsangabe.	
91.	20. 7.	272—273		
92.	7. 8.	274—276		
93.	15. 9.	277—279		
94.	7. 10.	279—282		
95.	29. 10.	282—285		
96.	31. 10.	285—286		
97.	16. 11.	287—288		

Lau- fende No.	Datum des Briefes	Gedruckt in der ersten Ausgabe Seite	Bemerkungen
98.	1855 24. 11.	289	
99.	21. 12.	289—295	
100.	1856 8. 1.	297 3. 1—10 v. o., 298 3. 11 v. o. bis 299 3. 1—20 v. o.	In 1. Ausg. sind beide Briefe durch- einanderworfen unter dem Datum des 9. Januar.
101.	9. 1.	297 3. 10 v. o. bis 298 3. 10 v. o., 299 3. 20—24 v. o.	
102.	26. 1.	299—300	
103.	1. 2.	302—304	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
104.	6. 2.	300—302	" 1. " " " "
105.	11/12. 2.	304—307	
106.	26. 2.	307—308	
107.	19. 3.	309—311	
108.	5. 4.	311—312	
109.	8. 4.	312—315	
110.	28. 4.	315—316	
111.	28. 5.	316—319	In 1. Ausg. mit falschem Tagesdatum.
112.	25. 8.	319—321	
113.	18. 11.	322—323	" 1. " " " "
114.	1857 12. 3.	324—326	
115.	20. 3.	326—327	
116.	31. 3.	328—329	
117.	11. 4.	330—332	
118.	2. 5.	333—335	
119.	11. 5.	335—336	
120.	30. 5.	337—345	
121.	24/25. 7.	346—347	
122.	19. 12.	347—351	
123.	1858 20. 2.	351—352	
124.	2/3. 3.	144 3. 3 v. u. —145	©. Bemerkung zum Briefe vom [29.] 3. 1854.
125.	1860 2/4. 5.	352—355	



1.

(C.)

Frankfurt, 22. 6. 51.

Erw. Excellenz

haben mir durch Rochow Ihren Zorn darüber vermelden lassen, daß ich nicht schreibe; ich bin, was Sie mir verzeihn wollen, über diesen Zorn mehr erfreut und dankbar als zerknirscht und beeile mich, meine ungehobelten Schriftzüge Ihrem nachsichtigen Auge zu unterbreiten, auf die Gefahr hin, Ihnen nichts zu schreiben, was Sie nicht schon durch Vermittlung meines verehrten Chefs aus den Briefen des Herrn v. Rochow oder aus meinen eignen wissen. Vorgestern habe ich bei Wiesenthal der Einweihung des Denkmals für die vor 2 Jahren dort gebliebenen Preußen beigewohnt oder vielmehr nicht beigewohnt, denn Graf Waldersee und ich kamen eine viertel Stunde zu spät an Ort und Stelle, weil die Feier durch Herrn v. Roggenbach (Badischen Kriegsminister) um 1 $\frac{1}{2}$ Stunden verfrüht worden war. Herr v. Savigny, der en grande tenue Preußen vertrat, wird ohne Zweifel umständlich über den Verlauf berichtet haben. Ich war in Civil dort, und unter dem ausgesprochenen Motiv, die Localitäten in Bezug auf den Tod meines Freundes Busch-Münch kennen zu lernen. Roggenbach ist in vorgerücktem Stadium der Rückenmarkskrankheit, nicht mehr vollständig Herr seiner Füße, eine Figur wie Stockhausen, aber anscheinend weicher in seinem Wesen; seiner Conversation nach ein sehr gelehrter Generalstabsoffizier, faßt er seine jetzige Aufgabe, wie mir schien, vorzugsweise aus dem Gesichtspunkt ritterlicher Treue gegen seinen Landesherrn auf. Er sprach viel, mit warmer Dankbarkeit und Verehrung von Sr. Majestät und drückte seine Bewunderung für die Preußische Armee stärker aus, als ich, wenn ich Badischer Offizier wäre, gewünscht hätte. In der That schwoll mein Selbstgefühl, wenn ich bei dem gemeinschaftlichen diner den bescheidenen aber freien Anstand, die ungezwungne Wohlerzogenheit betrachtete, mit der unsre Unteroffiziere und Husaren unsern und den Badischen Offizieren gegenüberaßen; die meisten von

ihnen sahen vornehmer aus, als ein Theil der Großherzoglichen Dragoner-offiziere. Lebhaft überrascht bin ich von der Liebe und Anhänglichkeit gewesen, mit welcher unsre Uniformen jeder Charge von den Bürgern in Bruchsal, von den Landleuten in Wiesenthal und Umgegend aufgenommen wurden; alles grüßte freundlich, wo sich ein Husar sehn ließ, und die Versicherungen der Freude waren ungeheuchelt. Phänomenal erschien es mir, daß in einer Weinstube, wo ich am Abend mit 6 oder 8 unsrer Offiziere einkehrte, nach sehr guter Bewirthung die Annahme jeglicher Bezahlung standhaft verweigert wurde, und Wirth und Wirthin sich schließlich für beleidigt erklärten, wenn man ihnen nicht gestatten wolle, sich an der Ehre, die Preussischen Offiziere bei sich gesehen zu haben, genügen zu lassen. Als flüchtiger Beobachter kann ich freilich nicht sagen, wie tief und wie mächtig das Erz dieser Zuneigung ansteht, aber der oberflächliche Eindruck ist wohlthuend für unsereinen. Beim Abschied war Herr v. Roggenbach gerührt, umarmte und küßte auf beide Wangen sämmtliche Anwesende des 9. Husaren-Regiments bis zum letzten Husaren, so daß er in 2 Minuten meiner Zählung nach 52 Küsse austheilte und mir darauf den 53. und 54. applicirte, was den Obristen Hilpert, einen hübschen, fleischigen, etwas coquetten Regiments-Commandeur, ungeduldig zu machen schien. Interessant war mir unter den Anwesenden ein ehemaliger Unteroffizier der Husaren, namens Barella*), wenn ich richtig hörte, dessen einziger Sohn bei der Attake vor 2 Jahren geblieben war, und den die Offiziere auf ihre Kosten mitgebracht hatten. Beim Ausmarsch aus Trier hatte er seinem Sohn gesagt: Gott erhalte Dich, aber wenn Du von den Hundsföttern Pardon nimmst, so komm nicht wieder über meine Schwelle. Der Junge hatte sich bei dem Angriff versprengt, war bis an Wiesenthal gekommen, dort einzeln von der Ueberzahl umringt und aufgefordert worden sich zu ergeben. Er antwortete ihnen: Von Euch nimmt ein Preussischer Husar kein Pardon, und ward vom Pferde geschossen und getödtet. Ueberhaupt ist in dem Regiment, obgleich es Rheinländer sind, ein kecker frischer Sinn, nicht bloß auf der Zunge, gute dreiste Reiterei und exemplarische Zucht, wenigstens in der hier liegenden Schwadron. Der Commandeur Oberstlieutenant Künzel wird enthusiastisch von seinen Leuten und Offizieren verehrt, aber auch gefürchtet, und die Erzählungen aus der Badischen Campagne sind seines Lobes voll. Ein Unteroffizier sagte mir von ihm: der reitet

* Ist später Armee-Gensdarm gewesen, bei Auflösung des Corps pensionirt; kann man ihm nicht für seine gute Kinderzucht das allgemeine Ehrenzeichen besorgen? en cas que si würde ich sein National vervollständigen.

wie Pech und Schwefel, und wenn er im Sattel sitzt, kann die ganze Armee ruhig schlafen, bis er jagt: nun ist es Zeit. Verzeihn mir Ew. Excellenz meine breite Geschwätzigkeit, aber Sie haben die schwarzen Gewässer meines Tintfassers heraufbeschworen, und ich fürchte, Sie finden nicht so schnell das Wort, um sie zu bannen, da es heut so heiß ist, daß ich entschlossen bin, garnicht auszugehen, und keine weitem Geschäfte schützend zwischen Sie und meinen Drang nach Mittheilung treten werden, indem Kochow nach Homburg gefahren ist, um sich beim Prinzen Wilhelm R. H. zu melden. Daß ich Ihnen über Kochow selbst mein Urtheil schreibe, ist wohl, sei es lobend oder tadelnd, in meiner Stellung zu ihm nicht passend; er ist in seinem persönlichen Verkehr mit mir die Liebenswürdigkeit selbst und verzieht mich; auf Entschlüsse in Geschäftssachen aber habe ich wenig Einfluß, wie das in der Natur der Sache liegt, denn zwei Menschen können nicht gleichzeitig Eine Handlung thun; die meisten Sachen kommen fertigt von Berlin, wie das ebenfalls nicht anders sein kann, und was hier geschieht, wird meistens in gelegentlichen und unerwarteten Privat-Conversationen oder in der Bundestags-Sitzung abgemacht, oder von Kochow im Wege der Privat-Correspondenz erledigt, da er das, was er einmal vorhat, gern schnell und auf dem kürzesten Wege durchführt. Kurz, was vorgeht, das geht ohne mich, und ich habe die Empfindung eines Junkers in einer Sinecure, die drückendste, welche das constitutionelle Gewissen eines abgabenbewilligenden Volksvertreters belasten kann. Wenn nun auch die robuste Tragfähigkeit besagten Gewissens jener Last für die Zeit vollkommen gewachsen sein dürfte, welche höhern Orts (und von mir selbst) nothwendig erachtet wird, so glaube ich doch, daß es für die Regierung von keinem Nutzen sein würde, wenn meine jetzige Stellung eine dauernde werden sollte. Ein mir von Berlin zugegangnes Gerücht nennt Le Coq als Nachfolger Kochow's. Ich bin bei Weitem nicht so ehrgeizig, als Ihr Bruder von mir anzunehmen pflegt, ich würde sehr gern Landrath im Schönhauser Kreise geworden und geblieben sein, und in diesem Frühjahr würde meine Ernennung zu dem geringsten Deutschen Geschäftsträgerposten, als Lehrlingschaft, meine Erwartungen überstiegen haben; nachdem aber die Nachricht von meiner beabsichtigten Anstellung als Bundestags-Gesandter auf glaubwürdige Weise ins Publikum gelangt und im Parteifinne aufgefaßt und beleuchtet worden, würde in einer Aenderung dieser Absicht die Deutung liegen, daß man sich, wenigstens einstweilen, von meiner Unreise zu dieser Stellung überzeugt habe, eine Auffassung, von der ich mit Hamlet sagen möchte: „das alles ist ohne Zweifel

sehr wahr, und ich selbst glaube festiglich daran, aber ich halte es nicht für schön, es so gedruckt zu sehn.“ Das heißt: l'appétit vient en mangeant, und jetzt lege ich allerdings einen ambitiösen Werth auf meine Ernennung, und ihr Ausbleiben seiner Zeit würde mich schmerzen. Ich bescheide mich aber, daß Rücksicht auf persönliche Wünsche politischen Gründen gegenüber nicht maßgebend sein kann, und würde auch im schlimmsten Falle die Rolle eines getränkten Staatsmannes jederzeit für eine geschmacklose halten. Meine Frau ist noch in Pommern, theils um das Seebad zu gebrauchen, theils weil ich Kind und Kegel nicht eher übersiedeln will, als bis ich der Gestaltung meiner Zukunft offiziell sicher bin. Für eine puritanische und von ländlichen Vorlieben erfüllte Seele, wie die meiner Frau, bietet die hiesige Geselligkeit nachhaltigen Stoff für sittliche Entrüstung. Denn im Ganzen thut man den schönen Löwinnen von Frankfurt nicht Unrecht, wenn man ihren Ton als nahe an Viederlichkeit streifend bezeichnet.

Vor etwa 14 Tagen habe ich eine der sich hier eines stadtkundigen Rufes erfreuenden Landpartien des Grafen Thun mitgemacht, bei der ich selbst die Rolle des Joseph, zu meiner Schande muß ich es gestehn, nur bis zur Höhe des passiven Widerstandes, durchgeführt habe. Die Theilnehmerinnen sind hübsche üppige Weiber der hiesigen Bankier-Aristokratie, von denen ich zwar nicht weiß, bis zu welchem Punkte sie einem der hiesigen diplomatischen Garçons oder Stroh Wittwer den Mangel eigner Häuslichkeit zu ersetzen geneigt sind, deren Auffassung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Damen und Herrn mich aber doch glauben ließ, daß ich es meiner Frau als abwesendem Theil schuldig sei, bei einer Einladung zu einer ähnlichen Excursion auf heut, Geschäfte vorzuschützen. . . Er [Thun] ist ein Gemisch von ungehobelter Derbheit, die leicht für ehrliche Offenheit passirt, von aristokratischer Nonchalance und slavisch-bäuerlicher Schlaueit, hat stets „keine Instructionen“ und scheint wegen Mangel an Geschäftskunde von seiner Umgebung abhängig zu sein. Unter diesen ist der Baron Brenner, ein romantischer beau, groß, schön und brünett, klug und unterrichtet, aber faul, in Gesellschaft schweigsam. . . Dann der Baron Mell, etwas älter, scheinbar mehr der Flasche als den Weibern zugethan, erstreckt jedenfalls über den Durst; er besucht mich mitunter, sieht mich ununterbrochen und schweigend an wie die Schlange den Colibri und geht nach 10 Minuten fort, ohne ein Wort gesagt zu haben. Er soll geschäftlich routinirter, jedenfalls fleißiger als Brenner sein und hat dadurch entschiednes Ascendant über Thun. Alle drei Herrn von der Oestreichischen Gesandtschaft haben durchaus nichts, was Vertrauen

erweckt, Thun noch am meisten, . . . vorsichtige Unaufrichtigkeit ist der bemerkbarste Characterzug in ihrem Verkehr mit uns. Redensarten von der Nothwendigkeit gemeinsamen und einheitlichen Wirkens mit Preußen haben sie bis zum Ueberdruß im Munde; wenn es sich aber darum handelt, unsre Wünsche zu fördern, so ist ein offizielles „nicht entgegen sein wollen“ und ein heimliches Vergnügen, uns Hindernisse zu bereiten, das Einzige, was wir m. E. zu erwarten haben, wie wir das in der Flotten-Sache bestimmt und in der wegen des Austritts unsrer Provinzen, falls nicht präcise Instructionen von Wien aus durch Graf Arnim zu erreichen sind, erleben werden. In Ermanglung entscheidender Verhandlungen hier am Ort äußert sich diese Tendenz in kleinlichen Bestrebungen, den formellen Vorrang Oestreichs, den ihm niemand bestreitet, ostensibel und handgreiflich darzustellen. Der General Rylander stellt sich beschränkt und ehrlich; erstres gelingt ihm vollständig; in Bezug auf die zweite Eigenschaft habe ich noch kein Urtheil gewonnen. Herr v. Kostig ist vorsichtig, höflich, biegsam, wie ich glaube, unzuverlässig und falsch aus Schwäche, geschäftskundig und nach seinen Reden vulgär constitutionell. Ueber Herrn v. Reinhard weiß ich nur zu sagen, daß ihm die Ausöhnung seines hohen Herrn und Sr. Majestät des Königs sehr am Herzen liegt und er wiederholt deßhalb mit Kochow conferirt hat, ohne Verständigung beider. Herr v. Marschall ist ein kluger gewandter Mann, der viel Hinneigung zu Preußen an den Tag legt, fast zu höflich, aber ich ziehe ihn den übrigen Gesandten aus Süd- und Westdeutschland vor; betrügt auch er uns, so thut er es wenigstens mit Anstand. Herr v. Trott läßt sich nirgend sehn, lebt einsam in seinem Zimmer, klagt sehr über die Hitze trotz eines auffallend leichten und nicht ganz properen häuslichen Kostüms und macht einen etwas landjunkeralichen Eindruck. Der Darmstädter Gesandte v. Münch ist unter den Kleinen derjenige, welcher, sei es aus persönlicher Wahl oder in Folge seiner Instructionen, am meisten eine antipreußische Vorliebe für Oestreich an den Tag legt; er scheint ein stiller, kalter, vernünftiger Mann zu sein. Baron Dungern halte ich für einen unbedeutenden Menschen; auf der Straße sieht er etwas ordinär aus; politisch würde er sich, soweit die Interessen auseinandergehen, für seine Person lieber zu Oestreich wie zu uns halten, aber er unterliegt dem sich bekämpfenden Einfluß des Preußisch gesinnten Ministers v. Wisingerode und der Oestreichischen Richtung seines Hofes, welche besonders an der hübschen und liebenswürdigen jungen Herzogin eine Stütze findet. Herr v. Wisingerode hat sich mir gegenüber als einen Freund Preußens à toute épreuve ausgesprochen; der Herzog soll

ihn nicht lieben, seiner aber den Ständen gegenüber bedürfen. Von den Norddeutschen Gesandten kann ich die Herrn v. Schele und v. Derzen beide als grade, ehrenwerthe gentlemen bezeichnen, Leute ohne Faltsch, die das Beste wollen für das Ganze, aber treu ihren Fürsten; beide etwas zu peinliche Juristen für Politiker, und von nicht sehr ausgedehntem Gesichtskreise, doch ist Schele der Bedeutendere von ihnen. Die Auffassung beider ist für alle Fragen die eines Richters in einem Spruch-Collegium. Schele äußerte sich bei einer gelegentlichen Conversation mit mir dahin, daß er in das jezige Hanöversche Ministerium auf keinen Fall, und in ein andres nur dann eintreten wolle, wenn die Frage über die Landstände zu seiner Befriedigung gelöst sei. Herr v. Bülow aus Holstein gehört ebenfalls zu den besten Elementen der Versammlung, er ist ein angenehmer Gesellschafter von lebenswürdigen Manieren, dabei schlau und umsichtig, und wenn die Dänische Sache erst in ein klareres Stadium getreten sein wird, so glaube ich, daß wir ihn zu unsern Freunden werden zählen können, soweit die Dänischen Partikular-Interessen es zulassen. Der Lübecker Gesandte Brehmer ist mir mit seinen banalen Gothaer Phrasen, die durch eine gewisse Meklenburgische Tactanz und Breitpurigkeit nicht genießbarer gemacht werden, eine ebenso incommensurable Erscheinung, als der Syndikus Banks durch angenehme Formen mit seiner kaufmännisch-mattherzigen Richtung in der Politik ausöhnt; indessen habe ich auch mit dem erstern in dienstlicher Heuchelei freundschaftliche Beziehungen angeknüpft. Dem Talleyrand von Bremen, dem alten Smidt, traut keiner recht, und er scheint für Deutschland nur insoweit Sinn zu haben, als Bremen darin liegt. Herrn v. Fritsch (Weimar) . . . [halte ich für]¹⁾ gutmüthig und rechtlich, soweit letzteres von einem Gothaer zu verlangen ist. Mit Eisendecker läßt sich eher reden, aber ich glaube, er macht hier nur bonne mine à mauvais jeu; er liebt den Bundestag als solchen nicht und spricht viel davon, daß er bald wieder nach Oldenburg gehn werde; bis jezt habe ich noch nie gehört, daß er sich mit etwas ihm Gesagtem nicht mit wohlwollender Mine einverstanden erklärt hätte, auch dann, wenn er es nicht ist. Daß wir mit dieser ganzen Gesellschaft Deutschland reformiren und Europa durch die Regeneration unsres Vaterlandes staunende Theilnahme ablocken werden, glaube ich nicht. Es ist kein einziger Mann von geistiger Bedeutung darunter, die meisten sind wichtig thuende Kleinigkeitskrämer, die die Bundessvollmacht mit ins Bett nehmen, und mit denen keine Con-

¹⁾ Vom Herausgeber zur Herstellung des Zusammenhanges ergänzt.

versation zu führen ist, weil sie bis in die gleichgültigsten Gespräche hinein diplomatisiren, beobachten und zum Bericht notiren. Die gemeinsame Gefahr von 1848, wenn sie auch auf der Zunge lebt als gelegentliches Unterhandlungsmittel, im Herzen ist sie vergessen, und die gegenseitige Mißgunst und Susceptibilität wird schwerlich in irgend einer wichtigen Frage ein entschiedenes und einheitliches Vorgehn des Bundes aufkommen lassen, solange neue Gefahren nicht ostensibel vor Augen treten. Es scheint, als ob Oestreich beabsichtigte, den Angriff der schwebenden Fragen zu verzögern, denn grade von dem Präsidium geht die Langsamkeit der Einleitungen aus, und es ist fast keine Frage, über welche Thun nicht erklärte ohne Instruction zu sein. In der Hamburger Verfassungsfrage wird es sich zeigen, daß, außer etwa Schele und Derken, niemand in der Versammlung ist, für den das Recht als solches einen Werth hat, und der überhaupt mehr von bestimmten Rechtsauffassungen als von Gründen momentaner Zweckmäßigkeit geleitet würde. Das Traurige ist, daß es sich, trotz der entente cordiale, hier fast nur um die Parteistellungen von Oestreichisch oder Preußisch zu handeln scheint, während eine richtige Theilungslinie so liegen müßte, daß man entweder Oestreichisch und Preußisch oder keins von beiden wäre. Die benachbarten Fürsten sind entschieden antipreußisch und aus dem Grunde Oestreichisch, wobei das Mißtrauen zum Vorwande dient, welches die frühere Preußische Politik, in der man eine Verbindung Preußens mit den Völkern gegen die Fürsten zu sehn behauptet, hinterlassen hat. Die offenbar vorhandene Vorliebe der Mittelklassen, soweit sie protestantisch sind, für uns hilft uns nichts auf dem Bundestage, wo das Verhältniß so liegt, daß ein Oestreichischer Vorschlag, bei entschiedenem Widerspruch von unsrer Seite, doch Hoffnung auf Majorität haben würde, während ein speziell Preußischer, wenn er von Oestreich keine stärkere Unterstützung erhält als die einer passiven, nur *pour menager les déhors* ausgesprochenen Zustimmung, schwerlich auf mehr als 3 oder 4 Stimmen würde rechnen können. Die vorgängige Verständigung über das, was hier vorgebracht werden soll, zwischen Berlin und Wien scheint daher unumgänglich nothwendig zu sein, so sehr auch die hiesige Position dadurch an Interesse verliert, aber ich sollte glauben, so wie die Beziehungen zwischen uns liegen und bei der viel größern Wahrscheinlichkeit, daß Oestreich unser, als daß wir Oestreichs bedürfen, müßte es möglich sein, in Wien über Fragen wie die Hamburger Verfassung, die Flotte, die Stellung des Bundes zur Presse und zu den territorialen Märzverfassungen, einschließlich Kurhessen, eine uns genehme Verständigung bald zu erreichen,

ohne daß wir das Band des Bundestages dabei um so viel fester zu schnüren brauchen, daß es uns unbequem sitzt. Die Dänische Frage, namentlich die über die Succession, nach deren Erledigung die Schleswig-Holsteinische sehr erleichtert sein wird, liegt meines Erachtens außerhalb unsres hiesigen Wirkungskreises, und ich hoffe, wir bleiben damit verschont. Für sehr nützlich würde ich es halten, wenn man sich bei Zeiten mit den deutsch-materiellen Fragen befaßte. Diejenige Stelle, die darin die Initiative ergreift, sei es der Bundestag, der Zollverein oder Preußen allein, wird einen großen Vorsprung in den Sympathien der Betheiligten haben, denn die Sachen, quae numero et pondere dicuntur, sind der Mehrheit der Deutschen wichtiger als Ihnen und mir, und wenn ich auch eine Gleichheit von Maß, Gewicht, Wechselrecht und andern derartigen Schnurrpfeifereien nicht sehr hoch anschlage und für schwer ausführbar halte, so sollte man doch den guten Willen zeigen und zu Ehren des Handwerks etwas damit klappern, das heißt mehr von Preußischer als von bundestäglicher Seite. Es würde mir sehr interessant sein zu hören, ob die Unterhandlungen zwischen dem Zollverein und Hanover noch im Gange sind und fortschreiten, denn die Consolidirung der gesunden Norddeutschen Elemente durch das Band materieller Interessen, selbst wenn sie mit Verlust an Süddeutschen Bestandtheilen des Zollvereins erkauft werden sollte, würde für die Richtung unsrer innern Politik nicht ohne conservative Rückwirkung sein und uns berechtigen, mit mehr Kaltblütigkeit auf die Entwicklung der Bundestagspolitik zu sehn. Werden wir auch unsre Militär-Conventionen aufrecht erhalten? Doch ich frage, als ob ich glaubte, daß Ew. Excellenz ebensoviel Zeit zum antworten hätten, als ich zum schreiben, und wenn ich radottire, so entschuldigen Sie mich damit, daß ich wegen zu großer Hitze noch jetzt um 6 Uhr nicht zu Mittag gegessen habe. Gestatten Sie mir noch ein Wort über unsre innre Politik; ich fürchte, daß die Minister in eine schiefe Stellung gerathen mit Berufung der Provinzialstände. Wollen sie wirklich nur ein interimistisches Organ für einen bestimmten administrativen Zweck in diesen Ständen sehn, so nenne ich das mit der Kanone auf die Hühnerjagd gehn; kehren sie um, sobald diese interimistische Function erfüllt ist, so haben sie ohne Noth das Obium und Mißtrauen in demselben Grade auf sich geladen, als wenn sie die dauernde Herstellung der Stände octroyirt hätten, was sie ohne Verfassungsbruch konnten; und durch einen Rückzug verlieren sie im Vertrauen der conservativen Partei mehr, als wenn sie die Sache ganz hätten schlummern lassen. Will die Regierung aber in den Ständen eine dauernde Organisation

wiedergewinnen, so hätte sie ihre eigne Position fester nehmen müssen, als sie in der Motivirung und in den spätern Erklärungen der Preussischen Zeitung gethan hat; sie hätte sich von Hause aus entschlossen für das rechtliche Bestehn der Stände aussprechen müssen, nicht aber abwarten, daß ihr die Reclamationen, die in diesem Sinne aus der Mitte der Provinzial-Landtage nicht ausbleiben werden, die Alternative stellen, sich nachträglich durch das Junkerthum diese Ansicht aufdrängen oder die Stände fallen zu lassen, nachdem letztre geglaubt haben werden, den Absichten der Regierung entgegenzukommen, wenn sie ihre Rehabilitation erstreben, und sich danach enttäuscht sehn. Das Facit ist dann triumphirende Gereiztheit bei der bisherigen Opposition, Mißtrauen im Centrum der bourgeoisie und Verlust des Vertrauens bei den Conservativen. Will die Regierung ernstlich sich auf Grundlagen organischen Staatslebens und vernünftiger Freiheit übersiedeln, so kann sie das, wie ich glaube, erreichen ohne formellen Verfassungsbruch, aber dann muß sie die Schiffe hinter sich verbrennen und die Scheide fortwerfen; halber Muth, stützen und zag werden im Feuer, kann nur zu ganzer Niederlage führen. Wenn die Regierung nicht den Entschluß hat, sich offen und rücksichtslos der Werkzeuge in der Bürokratie zu entäußern, von denen sie sicher weiß, daß sie ihre Stellung nur als Waffe gegen die Regierung nutzen werden, so ist auch vorauszu sehn, daß sie die Entschlüsse, welche man von ihr hofft oder fürchtet, entweder nie gehegt hat, oder nicht ausführen will, oder bei der Ausführung erlahmt, weil ihre Organe offen oder heimlich den Dienst versagen.

Ich habe schon an den Major v. Manteuffel einmal über die unhaltbare pekuniäre Lage unsrer hiesigen Subaltern-Offiziere geschrieben; er antwortet mir, der Preussische Offizier sei daran gewöhnt, mit Anstand zu hungern; es handelt sich hier aber nicht um hungern, sondern um Schulden machen; leben und wohnen ist hier um 30 bis 50 Prozent theurer als in Berlin, und schon da kann ein Linien-Lieutenant, der gewöhnlich ohne Zulage ist, nicht bestehn. Die nothwendigen unvermeidlichen Ausgaben und Abzüge übersteigen hier die dienstlichen Emolumente um monatlich 5 bis 6 Thlr., der Offizier mag hungern, so viel er kann; ich werde mir erlauben, Euer Excellenz einen speziellen Nachweis über diese Angabe einzureichen. Die letzte Soldstufe der Baiern hat 9, die der Oestreicher 25 Thlr. mehr hier am Ort als unsre, monatlich.

Über den Herrn, dessen Privatcorrespondenzen Sie die Güte hatten mir vor meiner Abreise zu zeigen¹⁾, höre ich viel Nachtheiliges.

¹⁾ Major Deek.

Die Offiziere klagen, daß er dienstlich unthätig sei; andre fechten seine Uneigennützigkeit an, indem er von der Stadt Emolumente und gelegentliche Geschenke beziehe, sich bei kleinen Fürsten um Orden bewerbe u. dgl. Savigny und Goltz nannten ihn intrigant, indem er mit Personen in der Nähe Sr. Majestät und mit der Kreuzzeitung einerseits und mit der Kölnischen Zeitung und mit hervorragenden Persönlichkeiten in Coblenz in einem andern Sinne correspondire. Sein äußerlicher habitus ist nicht Zutrauen erweckend; ich kann aber nicht näher über ihn aus eigener Auffassung urtheilen, da er Herrn v. Rochow und mir bald nach unsrer Ankunft ausdrücklich erklärte, er werde zwar auf Erfordern uns jede verlangte Auskunft geben, aber in keiner fortlaufenden Verbindung mit uns stehn, sondern selbständig seine eignen Beziehungen erhalten. Seitdem habe ich ihn nicht wieder gesehen, da zwei Versuche dazu von meiner Seite fehlschlügen. Herrn v. Rochow hat er über Coblenz allgemeine, schon bekannte Mittheilungen gemacht. Zum Schluß noch ein personalissimum. Guer Excellenz fragen Rochow, welche Bewandniß es mit einem englischen Artikel über mein Spielen in Homburg hat. Der Schreiber desselben ist Mr. Hodgekings, Correspondent der Daily News und einer der gefränkten Litteraten, mit denen ich meine Fehde in Erfurt hatte, indem ich ihm den Tribünen=Platz entzog, weil er den von seinen Collegen erfüllten Bedingungen nicht nachkommen wollte. Ich war bis zum Erscheinen jenes Artikels nur einmal in meinem ganzen Leben und zwar auf Rochow's Wunsch und mit ihm in Homburg gewesen, habe 2 Minuten lang gespielt, 10 oder 12 Gulden gewonnen und wieder verloren und mich dann entfernt. Ich spiele sonst seit meiner Verheirathung grundsätzlich garnicht Hazard, auch nicht in Privatgesellschaft, weil es mir zu theuer ist, und meine Frau triumphirt schon, daß jener Bruch meiner Grundsätze mich sofort öffentlich als einen engagirten Spieler erscheinen läßt. Thun und Rostig sind übrigens an der Roulette Stammgäste und spielen sehr hoch, letztrer glücklich, erster mit schlechtem Erfolg, und ich finde es in seiner Stellung überhaupt unschicklich.

Verzeihn Sie dieses lange Opus und betrachten Sie es als eine gelegentliche Conversation bei mitternächtlicher Cigarre am Kanal in Potsdam. Mit der Bitte, Ihrer Frau Gemalin und Ihrem Herrn Bruder, wenn Sie ihn sehn, meine Empfehlung zu machen,

Erw. Excellenz

treu ergebener

v. Bismarck.

P. S. Savigny¹⁾ habe ich sehr vernünftig gefunden und vollkommen bereit, die jetzige Politik der Regierung, als die einzige den Umständen nach mögliche, zu adoptiren und zu stützen und die Vergangenheit als abgethan zu betrachten; Herr v. Roggenbach sprach sehr anerkennend von ihm, Rüdts gegen Kochow das Gegentheil. Rüdts ist übrigens unser Freund nicht, und ich bin zweifelhaft, ob es richtig ist, Savigny, von dem ich bei unsrer persönlichen Stellung nicht glauben kann, daß er mich belügt, dort abzurufen. Die Frau Prinzessin [von Preußen]²⁾ leidet stärker an Leberschmerzen, wie er mir sagt, der Prinz hat sehr befriedigt über Warschau geschrieben, auch sich in früheren Briefen anerkennend über mich und meine hiesige Ernennung geäußert.

2.

(E.)

Ew. Excellenz

haben mich auf das Tiefste beschämt durch Ihr gütiges Schreiben,³⁾ welches mir gestern zuing, nachdem es 3 Tage bei Halle im Schnee gefühlt worden war; Sie würden mich aber nachsichtig beurtheilen, wenn Sie wüßten, wie jemand zu Muths ist, der, nachdem er 12 Jahr lang ein unabhängiger Landjunker, das heißt bodenlos faul gewesen ist, nun plötzlich vom Aufstehn bis zum Niederlegen galerien des Dienstes ist. Eine viertel Stunde bei meiner Frau zu sitzen und mit väterlichem Wohlgefallen dem Gebrüll der unnützigsten beiden Kinder auf der Welt zuzuhören, ist mir ein seltner Genuß, wenn „aus dem schrecklichen Gewühle ein süß bekannter Ton mich zieht.“ Doch zur Sache. Der Hamburger Bundestags-Gesandte⁴⁾ hat uns, d. h. dem sogenannten Reaktionsauschuß auf unser in Abschrift anliegendes Schreiben seine persönliche Meinung dahin eröffnet, daß der Auschuß diejenigen Stellen der von ihm vorgelegten Verfassung bezeichnen möge, welche dem Bundesrechte widersprechen. Aus einer Stelle in den anliegenden Briefen Hudtwalkers möchte man schließen, daß der Gesandte dem Senat unsre Note garnicht zugefertigt, sondern nur nachrichtlich geschrieben hat, man habe von ihm ein Exemplar der Neuenverfassung gefordert. So ist es nicht gemeint, und werden wir ihn von Auschuß wegen morgen darüber rectificiren. Einstweilen möchte

¹⁾ Preußischer Gesandter am Badischen Hofe.

²⁾ Ergänzung des Herausgebers.

³⁾ Vom 23. November 1851, auszugsweise mitgetheilt im Briefwechsel S. 8 f.

⁴⁾ Dr. Banks.

P. S. Savigny¹⁾ habe ich sehr vernünftig gefunden und vollkommen bereit, die jetzige Politik der Regierung, als die einzige den Umständen nach mögliche, zu adoptiren und zu stützen und die Vergangenheit als abgethan zu betrachten; Herr v. Roggenbach sprach sehr anerkennend von ihm, Rüdts gegen Kochow das Gegentheil. Rüdts ist übrigens unser Freund nicht, und ich bin zweifelhaft, ob es richtig ist, Savigny, von dem ich bei unsrer persönlichen Stellung nicht glauben kann, daß er mich belügt, dort abzurufen. Die Frau Prinzessin [von Preußen]²⁾ leidet stärker an Leberschmerzen, wie er mir sagt, der Prinz hat sehr befriedigt über Warschau geschrieben, auch sich in früheren Briefen anerkennend über mich und meine hiesige Ernennung geäußert.

2.

(E.)

Ew. Excellenz

haben mich auf das Tiefste beschämt durch Ihr gütiges Schreiben,³⁾ welches mir gestern zuing, nachdem es 3 Tage bei Halle im Schnee gefühlt worden war; Sie würden mich aber nachsichtig beurtheilen, wenn Sie wüßten, wie jemand zu Muths ist, der, nachdem er 12 Jahr lang ein unabhängiger Landjunker, das heißt bodenlos faul gewesen ist, nun plötzlich vom Aufstehn bis zum Niederlegen galerien des Dienstes ist. Eine viertel Stunde bei meiner Frau zu sitzen und mit väterlichem Wohlgefallen dem Gebrüll der unnützigsten beiden Kinder auf der Welt zuzuhören, ist mir ein seltner Genuß, wenn „aus dem schrecklichen Gewühle ein süß bekannter Ton mich zieht.“ Doch zur Sache. Der Hamburger Bundestags-Gesandte⁴⁾ hat uns, d. h. dem sogenannten Reaktionsauschuß auf unser in Abschrift anliegendes Schreiben seine persönliche Meinung dahin eröffnet, daß der Auschuß diejenigen Stellen der von ihm vorgelegten Verfassung bezeichnen möge, welche dem Bundesrechte widersprechen. Aus einer Stelle in den anliegenden Briefen Hudtwalkers möchte man schließen, daß der Gesandte dem Senat unsre Note garnicht zugefertigt, sondern nur nachrichtlich geschrieben hat, man habe von ihm ein Exemplar der Neuenverfassung gefordert. So ist es nicht gemeint, und werden wir ihn von Auschuß wegen morgen darüber rectificiren. Einstweilen möchte

¹⁾ Preußischer Gesandter am Badischen Hofe.

²⁾ Ergänzung des Herausgebers.

³⁾ Vom 23. November 1851, auszugsweise mitgetheilt im Briefwechsel S. 8 f.

⁴⁾ Dr. Banks.

ich bitten, Herrn Hudtwalker das anliegende Exemplar der erlassenen Note zu übersenden, und werde ich Herrn v. Manteuffel bitten, ein Aehnliches an Rappé zum geeigneten Gebrauch zu schicken.

Bis hierher war ich gekommen und hatte die besten Absichten, die interessantesten Dinge zu schreiben, da kam Herr v. Reinhard¹⁾, um mir zu sagen, daß der Prinz August von Württemberg mich morgen in Wiesbaden zu sehn wünsche; dann mußte ich zum Ausschluß, von dort zu Rostiß,²⁾ und nun schlägt die Poststunde. Einen schweren Stoßseufzer muß ich noch einlegen über die verlogne, doppelzüngige und nichts weniger als bundesfreundliche Handelspolitik der Oestreicher. Was der Hock³⁾ hier lügt und intrigürt, den Rhein auf und ab, davon hat ein ehrlicher Altmärker gar keine Vorstellung; diese Süddeutschen Naturkinder sind sehr verderbt. Montag habe ich die Ehre, Ew. Excellenz todt oder lebendig zu erscheinen. Bis dahin empfehle ich mich gnädigem Andenken bei Herrn und Damen. In treuester Ergebenheit Ew. Excellenz

gehorsamster Freund und Diener

Frankfurt, 26. November 1851.

v. Bismarck.

3.

(E.)

Ew. Excellenz

danke ich von Herzen für das gütige Schreiben, welches ich vor dem Fest von Ihnen erhalten habe.⁴⁾ Ich würde meinem Schmerz über Ihre Zweifel daran, ob ich Werth auf die Uebereinstimmung mit Ihnen lege, sogleich Luft gemacht haben, wenn nicht Weihnachten, neben seiner christlichen und häuslichen Freude, die störenden Angebinde der Geburtstagsfeier der reizenden jungen Herzogin in Wiesbaden und den schweren Todeskampf der Deutschen Flotte in meinen Lebensweg geworfen hätte. Der erste Eindruck, den mir der zweite Dezember machte,⁵⁾ war ein gemischter, ähnlich dem, als das Gehöft eines mir benachbarten Demokraten und Leuteschinders brannte; der Antheil des

¹⁾ Der württembergische Bundestagsgesandte.

²⁾ Kgl. Sächsischer Bundestagsgesandter.

³⁾ Oestreichischer Ministerialrath, der zu Verhandlungen in handelspolitischen Angelegenheiten nach Frankfurt geschickt worden war.

⁴⁾ Vom 15. Dezember 1851, Briefwechsel S. 10 f.

⁵⁾ Staatsstreich Napoleons.

ich bitten, Herrn Hudtwalker das anliegende Exemplar der erlassenen Note zu übersenden, und werde ich Herrn v. Manteuffel bitten, ein Aehnliches an Rappé zum geeigneten Gebrauch zu schicken.

Bis hierher war ich gekommen und hatte die besten Absichten, die interessantesten Dinge zu schreiben, da kam Herr v. Reinhard¹⁾, um mir zu sagen, daß der Prinz August von Württemberg mich morgen in Wiesbaden zu sehn wünsche; dann mußte ich zum Ausschuß, von dort zu Rostig,²⁾ und nun schlägt die Poststunde. Einen schweren Stoßseufzer muß ich noch einlegen über die verlogne, doppelzüngige und nichts weniger als bundesfreundliche Handelspolitik der Oestreicher. Was der Hock³⁾ hier lügt und intrigürt, den Rhein auf und ab, davon hat ein ehrlicher Altmärker gar keine Vorstellung; diese Süddeutschen Naturkinder sind sehr verderbt. Montag habe ich die Ehre, Ew. Excellenz todt oder lebendig zu erscheinen. Bis dahin empfehle ich mich gnädigem Andenken bei Herrn und Damen. In treuester Ergebenheit Ew. Excellenz

gehorsamster Freund und Diener

Frankfurt, 26. November 1851.

v. Bismarck.

3.

(E.)

Ew. Excellenz

danke ich von Herzen für das gütige Schreiben, welches ich vor dem Fest von Ihnen erhalten habe.⁴⁾ Ich würde meinem Schmerz über Ihre Zweifel daran, ob ich Werth auf die Uebereinstimmung mit Ihnen lege, sogleich Luft gemacht haben, wenn nicht Weihnachten, neben seiner christlichen und häuslichen Freude, die störenden Angebinde der Geburtstagsfeier der reizenden jungen Herzogin in Wiesbaden und den schweren Todeskampf der Deutschen Flotte in meinen Lebensweg geworfen hätte. Der erste Eindruck, den mir der zweite Dezember machte,⁵⁾ war ein gemischter, ähnlich dem, als das Gehöft eines mir benachbarten Demokraten und Leuteschinders brannte; der Antheil des

¹⁾ Der württembergische Bundestagsgesandte.

²⁾ Kgl. Sächsischer Bundestagsgesandter.

³⁾ Oestreichischer Ministerialrath, der zu Verhandlungen in handelspolitischen Angelegenheiten nach Frankfurt geschickt worden war.

⁴⁾ Vom 15. Dezember 1851, Briefwechsel S. 10 f.

⁵⁾ Staatsstreich Napoleons.

Ormuzd in mir fand das Schauspiel peinlich, während Ariman in den dunkeln Winkeln meines Herzens ein uneingestandenes Behagen verbreitete, gemischt aus der befriedigten avidité d'émotions und dem Gedanken, daß es nicht mich, und daß es grade diesen traf. So dachte ich mir Frankreich unter dem Gesichtspunkte fiat experimentum in corpore vili; Gott zeigt uns, wohin das führt, wenn ein Volk das Festland der Legitimität steuerlos verläßt, um sich dem Malstrom der Revolution anzuvertrauen.

Wie Hamlet, nachdem er den constitutionellen Philister Polonius erstochen hat, zu seiner Mutter, so mag auch der Präsident zu Frankreich sagen: a bloody deed, almost as bad, good mother, as kill a king and marry with his brother, wobei ich den hinkenden Vergleich dahin ausdehne, daß ich den brother durch den cousin, Hamlets Stiefvater durch Louis Phil[ippe] und die Orleans wiedergegeben finde. Sie werden sagen: viel Wohl für einen Menschen, der keine Zeit zu haben behauptet. Der Bonapartismus ist bei uns in Preußen, möchte ich behaupten, älter als Bonaparte, nur in milderer deutscher Form; die letzte hat er einigermaßen abgestreift, als er sich in Gestalt der aus dem Königlich Westphälischen bulletin übersetzten Hardenbergischen Gesetzgebung in mehr Französischer Form introducirt; jetzt finde ich ihn bei uns vorzugsweise durch die liberalisirende Bürokratie körperlich dargestellt; daß ich ihn in dieser Form nicht anseinde, werden Sie von mir nicht vermuthen. Wenn ich den Zustand der Französischen Bevölkerung nach der Analogie derjenigen Wirkungen beurtheile, welche Französische Herrschaft und Nachbarschaft auf die Anwohner des Mittel- und Oberrheins geübt haben, so muß ich jede Hoffnung auf lange hin aufgeben, daß eine andre als eiserne Gewaltherrschaft dort möglich sei. Wenn unbotmäßiger Hochmuth in Verbindung mit neidischem Streben nach Geld und Genuß jeden andern Regulator verloren haben, als die Furcht vor den Uebeln, die das Gesetz androht, so weiß ich nicht, wie dieses Volk anders regirt werden kann als mit dictatorischer Handhabung des eisernen Scepters, mit welchem die Hand des legitimen Königs von Gott und Rechts wegen unter sie schlagen würde, während Bonaparte dadurch, daß er Frankreich diesen nützlichen Dienst erweist, den Character eines unberechtigten aventurier's in meinen Augen nicht verliert. Ich kann mich nicht recht in die Lage des Präsidenten denken, weil ich schon auf dem Wege dahin den Stab über mich brechen müßte und als Franzose nur mit Genehmigung des sanften Heinrich von Frohsdorf die Präsidentschaft hätte annehmen können. Als Preuße kann ich mich nicht freuen über den 2. Dezember, weil ich nur einen

Feind, der krank war, momentan erstarben sehe mit der beiläufigen Consequenz, daß ein leichtsinniger und lügenhafter Freund, Oestreich, einen Zuwachs von Unverschämtheit aus dieser Thatsache zieht. An Kriegsgelüste Bonaparte's glaube ich nicht, ich bin sogar überzeugt, daß er alles aufwenden wird, den Frieden zu erhalten, weil Krieg die Armee von ihm lösen würde; aber ich kann mir nicht denken, daß er sich der Armee gegenüber auf die Dauer hält. Das Element, welches ihn bei der nichtmilitärischen Bevölkerung trägt, Ermattung und Zerschandenheit, fehlt im Heere.

Ich habe heut einen langen Bericht an Herrn v. Manteuffel über Flotte und Oestreich expedirt;¹⁾ ich würde sehr dankbar sein, wenn Er. Excellenz ihn sich geben ließen, da ich nach Ihrer Ansicht und eventuellen Zustimmung begierig bin. Die Einführung rücksichtsloser Majoritätsherrschaft mit dem Motto: *stat pro ratione voluntas*,²⁾ hält der Bundestag nicht aus; wenn wir das dem Wiener Cabinet nicht bei Zeiten *ad oculos* demonstrieren, so geht der ganze Bund aus dem Leim. Es ist nicht zu verlangen, daß alles grade so geht, wie wir wollen, aber es ist zu erwarten, daß man sich davor hütet, wichtige Beschlüsse zu fassen, bei denen Preußen in protestirender Minorität ist. Bei der unvermeidlichen Reaction unsererseits gegen ein solches „Unterfuttern“ Preußens thut mir Thun leid; er ist an collegialischen Geschäftsbetrieb und Discussion von früher her nicht gewöhnt, dabei trotz seines härenhaften Aeußern nervös und von Migräne geplagt wie eine Dame; nach einer lebhaften Erörterung, in der wir uns nicht einigen, liegt er am andern Tage bis 5 Uhr Mittags zu Bett und kommt dann so elend und niedergeschlagen zum Vorschein, daß ich ihm gleich Flotte, Bundes-Corps und 7. September³⁾ mitleidig in die Hand drücken möchte, so nah geht mir sein Zustand. Ich habe ihn eigentlich persönlich lieb, trotz der Bauernpiffigkeit, die unser allergnädigster Herr „Spanische Praktiken“ titulirt, und hätte ihn recht gern zum Nachbarn bei Schönhausen. Er sucht den Grund der Differenzen dann viel eher in persönlichen Stimmungen und Vorurtheilen, als in der Geschichte Deutschlands.

Der Sturz Winzingerode's in Nassau ist übel für uns. Der Einfluß von F. M. V. Leiningen dominirt den Herzog, und Menßhengen⁴⁾ hier ist mit dem ganzen Hofgesinde in Wiesbaden ver-

¹⁾ v. Poschinger I No. 41 S. 62 ff.

²⁾ Juvenal, sat. 6, 223.

³⁾ Anspielung auf den Handelsvertrag zwischen Preußen und Hannover vom 7. September 1851, der Oestreich unangenehm überrascht hatte.

⁴⁾ Menßhengen war östreichischer Gesandter in Wiesbaden.

schwägert; unser lieber Canik wird schwer dagegen aufkommen. A propos von Nassau überzeuge ich mich, daß ich Ihnen doch morgen nochmals schreiben muß, denn jetzt steht der Canzlist hinter mir und erwartet mit der Uhr in der Hand den Schluß dieses flüchtigen Geschreibsels. Verzeihn Sie die Eile, aber ich habe heut den lieben Sonntag über von 8 Uhr bis jetzt, ohne mich anzuziehn, gearbeitet.

Meine unterthänige Empfehlung an Ihre Damen. Ew. Excellenz diplomatischer Säugling und gehorsamster Diener

Frankfurt, 28. 12. 51

(Geburtstag meines ainc und Erben).

v. Bismarck.

Ich komme bald nach Neujahr,
gegen den 7.

(Mit Bleistift am untern Rande der ersten Seite):

Ich habe es nicht nochmals lesen können, pardon, wenns wo fehlt.

4.

Ew. Excellenz

habe ich nach Abgang meines letzten Schreibens über den Ministerwechsel in Nassau weitre Mittheilungen nicht gemacht, weil ich schon am 3. in Berlin einzutreffen glaubte. Herr v. Dungern, der frühere Minister und jetzige Bundestags-Gesandte,¹⁾ hatte mir die Eröffnung gemacht, daß der Herzog nicht abgeneigt sei, einen Preussischen Beamten zu nehmen, womit eine frühere von Sr. Hoheit dem Herzoge gelegentlich gegen mich gemachte Aeußerung übereinstimmte, der ich um deßhalb keine Folge gab, weil Herr v. Wisingerode vollständig in unserm Interesse war und ich zu seiner Beseitigung nicht die Hand bieten wollte. Unter den Namen, die ich Herrn von Dungern nannte, fand der des Freiherrn v. Waldbott-Bassenheim, im vorigen Jahre Landtagsmarschall am Rhein, den meisten Anklang. Ich habe letzterm vertraulich deßhalb geschrieben, und die Antwort war eher eingehend als ablehnend, vorausgesetzt, daß Se. Majestät der König zustimmen werde. Inzwischen hat mir Herr v. Dungern neulich gesagt, daß der Herzog auf gemachten Vorschlag den Freiherrn v. Waldbott zwar eventuell als persona grata bezeichnet, aber für jetzt andre Pläne in Sinne zu haben schein, über

¹⁾ für Braunschweig und Nassau.

schwägert; unser lieber Caniz wird schwer dagegen aufkommen. A propos von Nassau überzeuge ich mich, daß ich Ihnen doch morgen nochmals schreiben muß, denn jetzt steht der Canzlist hinter mir und erwartet mit der Uhr in der Hand den Schluß dieses flüchtigen Geschreibsels. Verzeihn Sie die Eile, aber ich habe heut den lieben Sonntag über von 8 Uhr bis jetzt, ohne mich anzuziehn, gearbeitet.

Meine unterthänige Empfehlung an Ihre Damen. Ew. Excellenz diplomatischer Säugling und gehorsamster Diener

Frankfurt, 28. 12. 51

(Geburtstag meines ainc und Erben).

v. Bismarck.

Ich komme bald nach Neujahr,
gegen den 7.

(Mit Bleistift am untern Rande der ersten Seite):

Ich habe es nicht nochmals lesen können, pardon, wenns wo fehlt.

4.

Ew. Excellenz

habe ich nach Abgang meines letzten Schreibens über den Ministerwechsel in Nassau weitre Mittheilungen nicht gemacht, weil ich schon am 3. in Berlin einzutreffen glaubte. Herr v. Dungern, der frühere Minister und jetzige Bundestags-Gesandte,¹⁾ hatte mir die Eröffnung gemacht, daß der Herzog nicht abgeneigt sei, einen Preussischen Beamten zu nehmen, womit eine frühere von Sr. Hoheit dem Herzoge gelegentlich gegen mich gemachte Aeußerung übereinstimmte, der ich um deßhalb keine Folge gab, weil Herr v. Wisingerode vollständig in unserm Interesse war und ich zu seiner Beseitigung nicht die Hand bieten wollte. Unter den Namen, die ich Herrn von Dungern nannte, fand der des Freiherrn v. Waldbott-Bassenheim, im vorigen Jahre Landtagsmarschall am Rhein, den meisten Anklang. Ich habe letzterm vertraulich deßhalb geschrieben, und die Antwort war eher eingehend als ablehnend, vorausgesetzt, daß Se. Majestät der König zustimmen werde. Inzwischen hat mir Herr v. Dungern neulich gesagt, daß der Herzog auf gemachten Vorschlag den Freiherrn v. Waldbott zwar eventuell als persona grata bezeichnet, aber für jetzt andre Pläne in Sinne zu haben scheine, über

¹⁾ für Braunschweig und Nassau.